

Kapitel 6 Deutschlands Ostpolitik bis zum Überfall Russlands auf die Ukraine

Joachim Krause

Abstract: Deutschlands Ostpolitik war seit 1999 weitgehend auf Russland fixiert und hat die Beziehungen zu den anderen Staaten Osteuropas und Ostmitteleuropas ebenso vernachlässigt wie die Bündnispolitik. Die nicht zu übersehende autoritäre Regression sowie die umfangreichen militärischen Angriffsvorbereitungen Russlands wurden von der Bundesregierung konstant ignoriert. Stattdessen wurde eine erhöhte Abhängigkeit von Russland bei der Erdgasversorgung betrieben, obwohl die Europäische Union seit 2010 den Beschluss gefasst hatte, sich weniger abhängig von Russland zu machen. Auf die russische Kriegsführung gegen die Ukraine seit 2014 reagierte Berlin mit einer Beschwichtigungspolitik und einer Rüstungskontroll-Rhetorik, die erhebliche Zweifel am strategischen Beurteilungsvermögen der letzten beiden Koalitionsregierungen unter der Kanzlerschaft von Angela Merkel haben aufkommen lassen. Deutsche Ostpolitik wurde durch eine Idealisierung und Stilisierung der Brandt'schen Ostpolitik und einen unreflektierten, erweckungsartigen Pazifismus angeleitet. Sie hat indirekt zum neuerlichen Krieg Russlands gegen die Ukraine beigetragen, weil sie das Risikokalkül Russlands erleichtert hat. Mit einer Ostpolitik, die wirklich fest im westlichen Bündnis verankert gewesen wäre und die zwischen den Anliegen Russlands und der Osteuropäer balanciert hätte, hätte Russland im Februar 2022 den Krieg vermutlich nicht begonnen.

Schlüsselwörter: Deutsche Außenpolitik, deutsche Ostpolitik, Russland, Ukraine, Energiepolitik

1. Einleitung

Der frühere ukrainische Botschafter Andrij Melnyk (2014–2022) hat in Deutschland viel Kritik auf sich gezogen, weil er vor und auch nach Kriegsbeginn die deutsche Politik dafür kritisiert hat, dass diese die Aggressivität Russlands sehenden Auges unterschätzt und durch ihr Festhalten

an der Partnerschaft mit Moskau (insbesondere mit dem Bau der beiden Nord Stream Pipelines) und der Verweigerung von Waffenlieferungen die Position der Ukraine im Streit mit Moskau unterminiert und damit indirekt zum Krieg beigetragen habe. Brandbriefe gegen Melnyk gab es viele, bis hin zu Petitionen empörter Bürger, dass die Bundesregierung ihn zur *persona non grata* erklären sollte.¹ In diesem Beitrag soll der Frage nachgegangen werden, inwieweit die deutsche Ostpolitik der vergangenen Jahre tatsächlich dazu beigetragen hat, dass dieser Krieg ausbrechen konnte. Unter *deutscher Ostpolitik* wird dabei die Politik der Bundesregierung gegenüber Russland und seinen anderen direkten oder indirekten Nachbarn in Ostmitteleuropa sowie in Osteuropa verstanden. Im Folgenden wird die deutsche Ostpolitik seit 1990 daraufhin untersucht, inwieweit diese die Sicherheitslage der Ukraine verschlechtert haben könnte.

Deutsche Ostpolitik war und ist immer Politik gegenüber Russland und gegenüber den anderen Staaten Osteuropas und Ostmitteleuropas. Angesichts der enormen Interessenunterschiede und der teilweise offenen Feindschaft zwischen Russland und vielen seiner Nachbarstaaten hat Ostpolitik für Deutschland daher immer den Charakter eines *Spagats* gehabt. Die Frage ist dann zu stellen: Hat die deutsche Politik es verstanden, die notwendige Balance zu wahren? Oder hat sie zu einer Seite stärker tendiert? Hinzu kommt eine weitere Dimension: Ostpolitik geht nicht ohne *Bündnispolitik*, denn aus der Vergangenheit konnte man die klare Erkenntnis ziehen, dass eine Politik gegenüber Russland nicht ohne Einbettung in das westliche Bündnis und im Konsens mit den Mitgliedstaaten der EU betrieben werden kann. Von daher ist zu fragen, ob die deutsche Politik auch immer den bündnispolitischen und europapolitischen Aspekten Genüge getan hat. Zusammen genommen ist deutsche Ostpolitik darauf zu hinterfragen, ob es gelungen ist, die *Trias aus Russlandpolitik, Politik gegenüber den östlichen Nachbarstaaten (einschließlich der Ukraine) und den westlichen Bindungen in einem Gleichgewicht* zu halten. Die These Melnyks und vieler anderer Beobachter ist, dass dieses Gleichgewicht nicht gehalten worden ist, sondern dass sich Deutschland eng an Russland angeschlossen hat. Sollte sich diese These als korrekt erweisen, dann ist in einem weiteren Schritt zu fragen, ob Deutschland damit zum Ausbruch des Kriegs im Februar 2022 direkt oder indirekt beigetragen hat.

1 Vgl. Tagesspiegel: „Sächsischer CDU-Mann forderte Ausweisung; Vorsitzender Merz will sich nicht zu Affront gegen Melnyk äußern“, 30. August 2022; siehe auch Deutschlandkurier: „Skandal-Botschafter: Altparteien und Medien tanzen nach der Melnyk-Flöte“, 7. April 2022.

Grob gesprochen kann man die deutsche Ostpolitik seit 1990/92 in fünf Phasen einteilen: (1) die Phase der von Helmut Kohl geführten christlich-liberalen Koalition (bis Ende 1998), (2) die Phase der rot-grünen Koalition unter Kanzler Gerhard Schröder, (3) die Phase der Großen Koalition aus Union und SPD unter Angela Merkel (2005–2009), (4) die Phase der christlich-liberalen Koalition unter Angela Merkels Kanzlerschaft (2009–2013) und (5) die erneute Phase der Koalition aus Union und SPD unter Kanzlerin Angela Merkel (2013–2021). In allen fünf Phasen lassen sich Bemühungen identifizieren, das Gleichgewicht zwischen den drei oben genannten Anliegen zu wahren. Allerdings fiel die jeweilige Bilanz sehr unterschiedlich aus. Man kann sagen, dass während der Amtszeit von Bundeskanzler Kohl (bis Ende 1998) eine Politik verfolgt wurde, in der die Beziehungen zu Russland und den osteuropäischen Staaten eine gleichgewichtige Rolle einnahmen und bei der es wenig Anlass gab, an der Verankerung Deutschlands in NATO und EU zu zweifeln. Dies änderte sich in der Ära der rot-grünen Koalition unter Gerhard Schröder (1999–2005), in der vor allem die SPD die Beziehungen zu Russland eindeutig zu priorisieren begann und die transatlantische und EU-Verankerung zwar immer wieder betont, aber kaum praktiziert wurde. Wer sich erhofft hatte, dass die von Angela Merkel geführten Koalitionen mit der SPD (2005–2009, 2013–2021) oder der FDP (2009–2013) an dieser Schiefelage etwas ändern würden, wurde enttäuscht. Die Unionsparteien (und im Übrigen auch die FDP) setzten der von der SPD vorgegebenen ostpolitischen Richtung und der immer nebulöser und zweifelhafter werdenden Bündnispolitik nichts entgegen. Vielmehr blieb es bei dem Fokus auf Russland – auch nach der Ukraine Krise 2014 – und die Bündnispolitik endete in einem Desaster.

Die Frage, ob Deutschland damit zum Kriegsausbruch beigetragen hat, muss man differenziert beantworten. Von einer direkten Kriegsverursachung kann zweifellos nicht die Rede sein, aber indirekt haben die deutschen Bundesregierungen dazu beigetragen das Risikokalkül Russlands Ende 2021 so zu beeinflussen, dass die Entscheidung zum Krieg fallen konnte. Eine Verantwortung für die Entscheidung Russlands, diesen Krieg zu eröffnen, tragen insbesondere die letzten beiden Koalitionen aus Union und SPD unter der Kanzlerschaft Angela Merkels.

2. Die Jahre der Regierung Kohl (1990–1998)

Schon in der Zeit der Verhandlungen über die Wiedervereinigung Deutschlands und den darauffolgenden schwierigen Jahren zwischen 1991 und 1997 waren der damalige Bundeskanzler Kohl und seine Außenminis-

ter aus der FDP (Hans-Dietrich Genscher und Klaus Kinkel) zum einen um gute Beziehungen zu Moskau bemüht und gleichzeitig darum, den osteuropäischen Nachbarn in der Frage der Annäherung an europäische und transatlantische Institutionen entgegenzukommen. Das war nicht einfach, denn die künftige Ausrichtung Russlands war kaum vorhersehbar und der russische Präsident Boris Jelzin war zwar offen für Anregungen aus Bonn. Aber die innenpolitische Situation in Russland war chaotisch und nach den ersten freien Duma Wahlen im Dezember 1993 war abzu-sehen, dass eine demokratische Reform Russlands ausbleiben würde und nationalistische, imperialistische und revisionistische Tendenzen die Überhand bekommen würden. Dennoch blieb die Politik der Bundesregierung darum bemüht, in Russland die Kräfte der Vernunft, der wirtschaftlichen und politischen Reform nach Möglichkeit zu unterstützen – meist mit Geld und Ideen. Immerhin standen bis 1994 noch russische Truppen auf dem Gebiet der früheren DDR. Auch die deutsche Politik der Vorsicht bei Auslandseinsätzen (keine Teilnahme der Bundeswehr an der Befreiung von Kuwait 1991) gehörte in dieses Kalkül. Gegenüber Polen hatte Kohl bereits 1991 das Weimarer Dreieck initiiert. Es war der Versuch eines deutsch-französisch-polnischen Konsultationsformates, welches dem größten ostmitteleuropäischen Staat eine Mitsprache über europäische Angelegenheiten vermitteln sollte.

Bezüglich der Wünsche der osteuropäischen und ostmitteleuropäischen Nachbarstaaten waren es Bundeskanzler Kohl und der christdemokratische Verteidigungsminister Volker Rühe, die zumindest den Deutschland nahe stehenden Staaten Polen, Tschechien und Ungarn eine Perspektive für den Beitritt zur NATO geben wollten. Diese wollten nach dem Ergebnis der Duma-Wahl vom Dezember 1993, in dem nationalistische, kommunistische und proto-faschistische Parteien die Mehrheit erhielten, so schnell wie möglich in die Europäische Union und vor allem in die Nordatlantische Allianz. Es war auch – aber keinesfalls alleine – dem Bemühen der deutschen Bundesregierung zu verdanken, dass 1997 zwischen der NATO und Russland eine Grundsatzvereinbarung erzielt werden konnte, die den Interessen Russlands (welches sich durch die NATO-Erweiterung brüskiert und potenziell gefährdet sah) und der Kandidatenstaaten gerecht werden sollte. In der *NATO-Russland-Akte* wurde festgelegt, dass die NATO neue Mitglieder aufnehmen könne, wenn sichergestellt sei, dass keine substantiellen (weniger als eine Brigade) ausländischen Militärverbände und keine Atomwaffen dort stationiert werden würden. Außerdem galt der Vertrag über Konventionelle Streitkräfte in Europa (KSE), der die Truppenstärken und die Zahl der zulässigen Waffensysteme in allen Ländern regelte und verhindern sollte, dass ein Staat oder eine Allianz eine Invasionsfähigkeit

erhält. Die NATO verringerte zudem einseitig ihre Truppenstärke, so dass nach dem Beitritt Polens, Tschechiens und Ungarns die Gesamtzahl der westlichen Truppen in Europa kleiner war als davor. Zur NATO-Russland-Grundsatzakte gehörte auch die Schaffung des *NATO-Russland-Rates*. Mit ihm sollte die Möglichkeit der kontinuierlichen Kommunikation und Kontaktbildung zwischen Russland und der westlichen Allianz geschaffen werden. Aus Gründen der Symmetrie – und weil man damals nicht recht wusste, wohin die Ukraine tendieren würde – wurde parallel dazu ein NATO-Ukraine-Rat gebildet, der aber ohne Substanz blieb.

Mit dieser Einigung wurde der Weg zur Mitgliedschaft der drei genannten ostmitteleuropäischen Staaten sowie später der baltischen Staaten, der Slowakei, Bulgariens, Rumäniens und auch Kroatiens und anderer Balkan-Staaten in die NATO geebnet. Russland war stets dagegen, aber andererseits entstand niemals eine Lage, bei der die Sicherheit Russlands infolge der Erweiterung der Allianz hätte gefährdet werden können. Die so oft beschworene „Einkreisung“ Russlands hat nie stattgefunden.

Neben dieser balancierten Ostpolitik verfolgte die Bundesregierung eine Bündnispolitik, die sich langsam aber beständig darauf einstellte, dass man einerseits die Bundeswehr reduzieren musste (von 650.000 Soldaten Ende 1990 auf weniger als 370.000 laut Vorgabe des Vertrags über die Einheit Deutschlands, den Zwei plus Vier Vertrag), andererseits aber zentrale Fähigkeiten erhalten musste. In diesem Zusammenhang bemühte sich die Bundesregierung darum, Fähigkeiten zur Bündnisverteidigung zu erhalten und gleichzeitig auf die neuen Aufgaben der Allianz vorbereitet zu sein, die in Richtung *out-of-area* Einsätze ging. Unter dem Eindruck der Befreiung Kuwaits von der irakischen Invasion und der Kriege im früheren Jugoslawien hatte sich die NATO mehr und mehr derartigen Einsätzen zugewandt. Im Jahr 1995 konnte sich das Bündnis in einem schwierigen und widersprüchlichen Prozess dazu durchringen, militärisch in den Konflikt einzugreifen, um einen Waffenstillstand (Dayton) zu erzwingen. In den folgenden Jahren kam es zu weiteren Einsätzen dieser Art, im Kosovo 1999 und Anfang 2002 in Afghanistan. Bis 1995 blieb die Bundesregierung zurückhaltend, was die Mitwirkung an derartigen Einsätzen anging, aber 1995 und 1999 beteiligte sie sich an NATO-Einsätzen gegen Serbien.

3. Die Phase der rot-grünen Koalition (1998–2005)

Mit der Machtübernahme der rot-grünen Koalition unter Gerhard Schröder (SPD) und Joschka Fischer (Bündnis90/Grüne) im Dezember 1998 veränderte sich scheinbar erst einmal nichts. Die neue Bundesregierung nahm

am Kosovo-Einsatz der NATO teil und es gelang dem neuen Außenminister ein durchaus passabler Einstand, indem durch seine Vermittlung ein Ende der Kriegshandlungen bewirkt werden konnte.² Außenminister Fischer musste allerdings am 13. Mai 1999 einen Anschlag eines seiner Parteigenossen mit einem Farbbeutel hinnehmen. Als am 11. September 2001 islamistische Terroristen von al-Qaida das *World Trade Center* in New York und das Pentagon in der Nähe von Washington, D.C. angriffen und ein weiteres Flugzeug entführten und zum Absturz brachten, demonstrierte die Bundesregierung sofort Solidarität mit den USA und entsandte sogar deutsche Spezialkräfte, um den USA bei der Bekämpfung von al-Qaida in Afghanistan zu helfen. Auch die aktive Mitwirkung der Bundesregierung bei der Herbeiführung der UN-Konferenz über die Zukunft Afghanistans im November und Dezember 2001 und die Bereitschaft Berlins, sich an einer von den Vereinten Nationen mandatierten Truppe zum Schutz des Wiederaufbaus in Afghanistan (ISAF) zu beteiligen, demonstrierte eine Bündnistreue, die Kritiker von SPD und Grüne diesen Parteien nicht zuge-
traut hatten.

Allerdings fand trotz dieser ermutigenden bündnispolitischen Anfänge auf der strukturellen Ebene und auf der Ebene der vorherrschenden Narrative mit dem Antritt von Rot-Grün ein Paradigmenwechsel der deutschen Außenpolitik (und damit auch der Ostpolitik und mittelfristig auch der Bündnispolitik) statt, der damals von vielen Beobachtern nicht in dieser Radikalität erwartet wurde und der über die Zeit der rot-grünen Koalition hinausweisen sollte. Dieser Paradigmenwandel hatte folgende Komponenten:

- Mit den Grünen und auch mit der SPD gelangten Kräfte in zentrale außenpolitische und sicherheitspolitische Funktionen, die aus der Friedensbewegung kamen und ein völlig anderes Narrativ von Kriegen und Konflikten vertraten als Union und FDP. Nach dem Beschluss des Bundestags vom Oktober 1983, den Rüstungsteil des NATO-Doppelbeschlusses umzusetzen, hatte es zeitweilig so ausgesehen, als ob die weltfremden und idealistischen Vorstellungen der Friedensbewegung und der sie intellektuell unterstützenden kritischen Friedensforschung austrocknen würden. Das war nicht der Fall. Die Grünen schafften es als unverbrüchlich pazifistische Partei in Landtage und den Bundestag zu kommen und die SPD verabschiedete sich 1983 vom außenpolitischen

2 Krause, Joachim: Die deutsche Politik in der Kosovo-Krise. In: Krause, Joachim (Hrsg.): Kosovo. Humanitäre Intervention und kooperative Sicherheit in Europa, Leske und Budrich: Opladen 2000, S. 103–119.

Profil ihres früheren Bundeskanzlers Helmut Schmidt und übernahm viele der Positionen, die bei den Grünen geläufig waren. In diesem rot-grünen friedenspolitischen Kosmos waren Kriege und Konflikte nicht das Resultat übelwollender Mächte (vor allem nicht Russlands, wenn eher der USA), sondern das Ergebnis von Missverständnissen und Misstrauen. Beide galt es zu überwinden, insbesondere durch den Abbau von Bedrohungsvorstellungen. Da Bedrohungsvorstellungen durch Waffen der jeweils anderen Seite geweckt werden, wurden Waffenbesitz, Waffenherstellung und Waffenexporte geißelt und Abschreckung als kriegstreibend bezeichnet. Krisen und Konflikte waren politisch-psychologisch zu bearbeiten, dabei galt es „Eskalationsdynamiken“ zu verhindern (insbesondere, dass lokale Kriege nicht in „Flächenbrände“ ausarteten) und Kriege aus Versehen entstehen können. Als besonders schlimm galten Rüstungswettläufe, die durch Abrüstung oder Rüstungskontrolle zu verhindern wären. Das westliche Bündnis wurde von Vielen zwar in gewisser Weise noch als notwendig akzeptiert, aber im Grunde galt in diesem Kosmos die NATO nichts, die Vereinten Nationen und der Multilateralismus wurden hingegen als besonders bedeutend herausgestellt. Deutschland sollte eine Zivilmacht sein, die anderen als Vorbild dienen und die besonders in multilateralen Gremien als Ermöglicher von Kompromissen brillierte. In diesem Sinne wurde vor allem das Auswärtige Amt seit Anfang 1999 systematisch umprogrammiert. Zudem gewannen derartige Einsichten in den Medien (wo die Parteipräferenz von Politikjournalisten am ehesten den Grünen und auch der SPD gilt)³ und bei erzieherischen Berufen (Schulen, Universitäten, Erwachsenenbildung) an Unterstützung. Das politische Meinungsklima in Deutschland wurde dadurch bis heute entscheidend beeinflusst – nicht zuletzt, weil aus Union und FDP keine wirklichen Gegenpositionen zu vernehmen waren.

- Innerhalb der SPD – aber auch bei den Grünen – setzte eine Neubelebung und Neuinterpretation der Ostpolitik Willy Brandts und Egon Bahrs ein, die in Richtung einer pro-russischen Position ging und die bis heute große Teil der Partei und ihrer Sympathisanten anleitet. Diese Neubelebung baute auf drei Behauptungen auf, die der Hauptarchitekt der deutschen Ostpolitik und damalige Außenminister Frank-Walter

3 Vgl. Statista Research Department: Parteipräferenz von Politikjournalisten in Deutschland, 19. August 2010.

Steinmeier in einer Rede im Jahr 2008⁴ vortrug und von denen eine halbwegs stimmte, die anderen zwei schlichtweg falsch waren: Zum einen sagte Steinmeier, die Ostpolitik habe den Frieden unter schwierigen Bedingungen sicherer gemacht. Das ist im Prinzip richtig. Nur muss hinzugefügt werden, dass der Beitrag der Ostpolitik zur Sicherheit in Europa bescheiden blieb. Die Ostpolitik Brandts erreichte Erleichterungen im menschlichen Sektor (die wichtig für die Betroffenen waren). Sie bewirkte eine – leider nur vorübergehende – Periode der politischen Entspannung in den Beziehungen zwischen Ost und West. Aber sie versagte vollkommen, als sich nach 1975 die Beziehungen verschlechterten. Und sie hatte überhaupt keinen Einfluss auf den Abbau der Militärkonfrontation, sondern ihre Vertreter ließen sich in der Zeit der Nachrüstungsdebatte Anfang der 80er Jahre von der sowjetischen Politik mehr oder weniger instrumentalisieren. Zum zweiten sagte Steinmeier, dass die Ostpolitik den Demokratiebewegungen in Osteuropa neue Möglichkeiten und Freiräume eröffnet habe. Dies stimmte keineswegs. Das Grundprinzip der Ostpolitik Brandts und Bahrs war es, die Anerkennung der Vormacht Russlands und der Kommunistischen Parteien in der DDR und in Polen zu nutzen, um gewisse kleine und manchmal nur klimatische Veränderungen zu bewirken. Sozialdemokratische Politiker zeigten sich in den späten 70er und 80er Jahren (selbst 1989) vielmehr verärgert bis entsetzt über das Wirken demokratischer Opposition in Polen und anderen Ländern im Sowjetorbit und verurteilten deren Handeln als schädlich, weil es gegen den Geist der Entspannung sei, die Vorherrschaft der Sowjetunion und des kommunistischen Systems in Frage zu stellen.⁵ Dies war gleichsam die „dunkle“ Seite der Ostpolitik von Brandt und Bahr. Die dritte Behauptung Steinmeiers, wonach die Ostpolitik entscheidend dazu beigetragen habe, die Blockkonfrontation letztlich ganz zu überwinden, ist ebenfalls falsch. Die Ostpolitik der SPD zielte nicht darauf, die Ost-West-Teilung zu überwinden, sie wollte diese erträglicher und kontrollierbarer machen. Das war in den 60er und 70er Jahren ein durchaus sinnvolles

-
- 4 Rede von Bundesaußenminister Steinmeier anlässlich der Podiumsdiskussion bei der Willy-Brandt-Stiftung: Auf dem Weg zu einer europäischen Ostpolitik, 4. März 2008.
 - 5 Hofmann, Gunter: Polen und Deutsche auf dem Weg zur europäischen Revolution. Suhrkamp: Berlin 2011, S. 292f.; Krzemiński, Adam: Im Osten viel Neues. Deutsche Ostpolitik aus polnischer Perspektive. In: Zeitschrift für Außen und Sicherheitspolitik 8, H. 1, 2015, S. 403–425; Urban Thomas: Verstellter Blick. Die deutsche Ostpolitik. edition.fotoTapeta: Berlin 2022.

Anliegen. Bestenfalls war auf einen langsamen Prozess des Wandels durch Annäherung gehofft worden, aber nicht auf ein schnelles Ende wie es 1989/90 kam. Und das Ende des Ost-West-Konflikts kam nicht in Folge der Ostpolitik Willy Brandts und Egon Bahrs zustande, sondern weil mit Michail Gorbatschow ein Mann zum Generalsekretär der KPdSU gewählt wurde, der verstand, dass sich Russland den Ost-West-Konflikt ökonomisch und gesellschaftlich nicht mehr leisten konnte und weil die einzige Trumpfkarte der Sowjetunion – die Überlegenheit bei konventionellen und nuklearen Fähigkeiten – mit der Umsetzung des Nachrüstungsbeschlusses der NATO für Mittelstreckenraketen und der Modernisierung und Verbesserung der amerikanischen Land- und Luftstreitkräfte (*AirLand-Battle*, *Follow-on-Forces Attack*) seit Mitte der 80er Jahre nicht mehr zog.⁶

In der Kombination aus den beiden hier genannten Narrativen entstand eine gefährliche Mischung aus Realitätsverweigerung, der Kanonisierung eines utopischen Pazifismus und einer hochgradig verklärten Ostpolitik. Diese hat die deutsche Außenpolitik der Jahre bis zum Ende der rot-grünen Koalition 2005 gekennzeichnet. Hinzu kam der 2001 von der Bundesregierung beschlossene Ausstieg aus der Kernenergie. Bei ihm war schon damals abzusehen, dass es im Zusammenhang mit der Klimaproblematik einen kombinierten Ausstieg aus Kernenergie und Kohle geben wird. Diese Perspektive war wiederum Anlass für wichtige Teile der deutschen Industrie und der Energieversorger, den möglichst störungsfreien Bezug von Erdgas aus Russland verstärkt ins Auge zu fassen. Damit waren die Grundlagen einer illusorischen und utopischen Russlandpolitik gelegt, die von Teilen der Wirtschaft unterstützt wurde.

Eine Konsequenz dieser sich langsam aber stetig durchsetzenden Neuausrichtung war die Fokussierung der deutschen Ostpolitik auf Russland auf Kosten Polens und der anderen mittelosteuropäischen und osteuropäischen Staaten (darunter auch die Ukraine). Diese Politik wurde intensiv vom Kanzleramt betrieben. Ihr Architekt war der damalige Kanzleramtschef Frank-Walter Steinmeier. Bundeskanzler Schröder entwickelte zudem ein auffällig freundschaftliches Verhältnis zum russischen Präsidenten

6 Der frühere NVA Oberst Siegfried Lautsch hat in einem 2013 erschienen Buch sehr plastisch beschrieben, wie noch vor Gorbatschows Amtsantritt der Warschauer Pakt sein offensives Militärkonzept umstellen musste, weil aufgrund von *AirLand Battle* und *Follow-on-forces attack* diese Strategie nicht mehr durchführbar war. Die Demonstrationen der Friedensbewegung in Westdeutschland hatten offenkundig keinen Einfluss auf die Militärplanung des Warschauer Paktes.

Wladimir Putin. Dieser war 2000 in dieses Amt gewählt worden, nachdem er sich bei der brutalen Niederschlagung des Aufstands in Tschetschenien einen Ruf als „Macher“ erworben hatte. Er wurde vor allem von den Angehörigen der machtvollen Sicherheitsdienste geschätzt, deren Denken tief im großrussischen Nationalismus und Imperialismus verankert war. Putin gab sich gegenüber Schröder moderat und reformwillig und beeindruckte auch im Sommer 2001 mit einer Rede im Deutschen Bundestag. Tatsächlich war seine Agenda von Anbeginn an eine andere – die Wiederherstellung der imperialen Größe Russlands.

Bündnispolitisch blieb die rot-grüne Koalition mit der Fortsetzung und dem Ausbau des Engagements der Bundeswehr im Rahmen von ISAF auf Kurs. Aber die bis 1999 gewährte Balance zwischen Auslandseinsätzen und Bündnisverteidigung ging nach und nach verloren. Bündnisverteidigung galt als überholt, die entsprechenden Fähigkeiten der Bundeswehr wurden aufgegeben oder vernachlässigt. Politisch wichtig war nur noch die Aufrechterhaltung einer insgesamt sehr kleinen (nie mehr als 5.000 Soldaten umfassenden) Präsenz in Afghanistan. Darüber hinaus wurde die Bundeswehr verkleinert und es wurde in allen Bereichen gespart. Zudem nahm die Bundesregierung in mehr und mehr Fragen einen kritischen Kurs gegen die Bush-Administration in Washington ein.

Diese Tendenzen kulminierten in den Auseinandersetzungen um die Absicht der US-Regierung, die Regierung von Saddam Hussein im Irak im Wege einer internationalen Militärintervention zu stürzen. Im Sommer 2002 hatte US-Präsident George W. Bush angekündigt, dass seine Regierung entschlossen war, das verbrecherische Regime Saddams zu stürzen, welches sich nicht an die Auflagen hielt, die der UN-Sicherheitsrat 1991 im Rahmen der Waffenstillstandsresolution 687 (3 April 1991) und weiterer Resolutionen verhängt hatte. Das Vorhaben war nicht unberechtigt, aber die Vorbereitung und die Begründung ließen deutliche Mängel erkennen und der Umgang der Bush-Regierung mit Verbündeten und Freunden, die kritische Fragen stellten, gab berechtigten Anlass zur Kritik.⁷ Aber die Art und Weise, wie die rot-grüne Bundesregierung mit dem Thema umging, erregte ebenfalls Kritik.⁸ Es hätte gereicht, wenn die Bundesregierung die Ablehnung deutlich gemacht und sich nicht an der internationalen Koalition beteiligt hätte. Aber angesichts der bevorstehenden

7 Halper, Stefan/Clarke, Jonathan: *America Alone. The Neo-Conservatives and the Global Order*. Cambridge University Press: Cambridge 2004, S. 201–230.

8 Vgl. Shawcross, William: *Allies. The United States, Britain, Europe and the War in Iraq*. Atlantic Books: London 2003, S. 102ff.

Bundestagswahl im September 2002 sah Bundeskanzler Schröder offenbar eine Chance, die Wahlen doch noch zu gewinnen und schlug einen Kurs ein, bei dem er sich und die rot-grüne Bundesregierung als Kämpfer für den Frieden gegen den „Kriegstreiber“ George W. Bush darstellte. Diese Kampagne ging einher mit einer Welle des Anti-Amerikanismus in den deutschen Medien wie auch in den Argumentationslinien von SPD und Grünen.⁹ Die sozialdemokratische Bundesministerin Heide Däubler-Gmelin unterstellte Bush gar, er würde Methoden wie Hitler anwenden, um von innenpolitischen Problemen abzulenken.¹⁰

Der Ausgang der Bundestagswahlen gab Schröder Recht. Die SPD erhielt mit 38,5 Prozent so viel Stimmen wie die Union, und da die Grünen stärker abschnitten als die FDP, konnte die Regierung im Amt bleiben. Der bündnispolitische Schaden war jedoch enorm und hat die Beziehungen zwischen den USA und Deutschland bis heute belastet. Aber auch in der Ostpolitik zeigten sich Verwerfungen. Polen hatte sich für die Politik der Bush-Administration im Irak-Konflikt ausgesprochen und unterstützte die Invasion im März 2003 mit Truppen.¹¹ Während Kanzler Kohl das Weimarer Dreieck (Deutschland, Frankreich, Polen) begründet hatte, traf sich Kanzler Schröder sehr zum Ärger der Polen und Balten nun bevorzugt *à trois* mit dem französischen Präsidenten Chirac und dem russischen Präsidenten Putin – zuletzt in Ostpreußen.¹² Ohnehin wurde die Beziehung Schröders zu Putin immer enger. Vor dem Hintergrund zunehmend kritischer Berichte über Fälschungen bei den Präsidentschaftswahlen in Russland und der unverhohlenen Einmischung Putins in die ukrainischen Wahlen (wobei der Russland nicht genehme Kandidat Juschtschenko vom russischen Geheimdienst vergiftet wurde), verstieg sich Schröder im November 2014 in einer Fernsehsendung zu der abstrusen Behauptung, wonach Putin ein „lupenreiner Demokrat“ sei¹³ – eine Behauptung, die er 2012 nach den offenkundig manipulierten Präsidentschaftswahlen in Russland dann noch mal ausdrücklich bestätigte.¹⁴ Dieses Engagement

9 Zum Antiamerikanismus unter der deutschen Linken vgl. Diner, Dan: Feindbild Amerika. Über die Beständigkeit eines Ressentiments. Propyläen: Berlin 2002, S. 115ff.

10 Frankfurter Allgemeine Zeitung: „Ministerin in Erklärungsnot“, 19. September 2002.

11 Krzemiński, Im Osten viel Neues, 2015.

12 Ludwig, Michael: „Putin, Schröder und Chirac – Zusammenkunft mit Tradition“, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 3. Juli 2005.

13 Hamburger Abendblatt, 23. November 2004.

14 Die Welt: „Schröder verteidigt ‚lupenreinen Demokraten‘ Putin“, 7. März 2012.

sollte sich für Schröder materiell auszahlen. Nach Ende seiner Dienstzeit wechselte er in den Aufsichtsrat der *Nord Stream AG*. Ein halbes Jahr später wurde er Vorsitzender des Aufsichtsrats des Pipeline-Konsortiums *NEGP Company*, einer Tochter des russischen Staatskonzerns *Gazprom* und zwei Jahre später wurde er Vorsitzender des Aufsichtsrates der weitgehend im Staatsbesitz befindlichen russischen Firma *Rosneft*. Seine kombinierten Jahreseinnahmen aus diesen Positionen wurden auf mehr als eine Million Euro geschätzt.

In diesen Jahren bildete sich in Polen sowie bei den meisten mittelost-europäischen Staaten und gerade auch in der Ukraine die Überzeugung heraus, dass Deutschland sich gemeinsam mit Frankreich auf ihre Kosten mit Russland gemein tut. Im Mittelpunkt der Besorgnisse stand damals das Pipeline-Projekt *Nord Stream*, welches Russland direkt mit Deutschland verbinden sollte (unter Umgehung der Ukraine und Polens). Angesichts wiederholter Streitigkeiten zwischen Russland und der Ukraine über den Transfer russischen Erdgases durch die Ukraine und die Bezahlung der an die Ukraine gelieferten Gasmengen, hatte der russische Staatskonzern *Gazprom* diese Idee deutschen Unternehmen vorgetragen. Nach einer deutlichen politischen Unterstützung aus Berlin wurde im September 2005 in Anwesenheit des noch amtierenden Bundeskanzlers Schröder und des russischen Präsidenten Putin die entsprechende Vereinbarung unterzeichnet.

Nord Stream ging Ende 2011 in Betrieb und – wie ein kundiger Beobachter völlig zu Recht feststellte – damit wurde der ukrainischen Regierung ein wichtiges Druckmittel aus der Hand genommen, mit dem es sich gegen russische Einmischung wehren konnte.¹⁵ Als im Februar 2014 der Moskauer genehme Präsident Janukowytsch aufgrund der massiven Proteste der Bevölkerung (Maidan) sein Amt aufgeben musste, wurde klar, was der Wegfall dieses Druckmittels für die Ukraine bedeutete: Russland besetzte und annektierte die Krim und inszenierte mit Spezialtruppen und Freischärlern im Donbas „Volksaufstände“, die dann zur Intervention russischer Verbände führten, die verhindern sollten, dass die Ukrainer die Gebiete zurückeroberten. Die deutsche Ostpolitik der Regierung Schröder hat diesen mehr oder weniger hybriden Angriff Russlands auf die Ukraine also mit zu verantworten gehabt.

15 Umland, Andreas: Die friedenspolitische Ambivalenz deutscher Pipelinedeals mit Moskau – eine interdependenztheoretische Erklärung des russisch-ukrainischen Konfliktes. In: *Sirius – Zeitschrift für Strategische Analysen* 4, H. 3, 2020, S. 293–303.

4. Die erste Koalition Merkel (2005–2009)

Die Bundestagswahlen vom 18. September 2005 führten zum Verlust der Regierungsmehrheit von SPD und Grünen. Aber auch die Union musste erhebliche Verluste einstecken, hatte aber Anspruch auf das Kanzleramt, weil sie mit gerade mal 34,2 Prozent den höchsten Stimmanteil erzielen konnte. Eine Koalition mit der FDP war nicht möglich, so dass sich Frau Merkels Kanzlerschaft nur durch eine Koalition mit der SPD realisieren ließ. Wer gehofft hatte, dass sich ein Wandel in der deutschen Ostpolitik und in der Bündnispolitik vollziehen werde, der wurde bald enttäuscht. Der Architekt der Russlandpolitik Schröders, Frank-Walter Steinmeier, wurde nunmehr Außenminister und nutzte dieses Amt, um die Beziehungen zu Russland und weniger zu den anderen osteuropäischen Staaten in bewährter Manier weiter zu gestalten. Ziel Steinmeiers war es nun, die Beziehungen zu Russland zu einer strategischen Partnerschaft werden zu lassen – etwas, was die Regierung Kohl unter anderen innenpolitischen Voraussetzungen in Russland auch schon versucht hatte. Zwar betonte Steinmeier immer wieder, dass seine Ostpolitik eingebettet in das westliche Bündnis sei, aber dies war Rhetorik. Solange die Bush-Administration in Washington regierte, änderte sich an den angespannten deutsch-amerikanischen Beziehungen nichts. Im Mittelpunkt der deutschen Außenpolitik stand Russland, welches durch eine Politik der Integration und Annäherung („Wandel durch Handel“) an die westliche Staatengemeinschaft herangeführt werden sollte.¹⁶

Diese Politik Steinmeiers wurde auf europäischer Ebene durch enge Konsultationen mit Frankreich abgestützt und bewirkte innerhalb der EU eine Art deutsche bzw. deutsch-französische Hegemonie was die Ostpolitik betraf.¹⁷ Deutschlands Russlandpolitik dominierte auch die Russlandpolitik der EU. Unter den Ländern Osteuropas und Ostmitteleuropas löste diese Entwicklung Sorgen aus, aber diese wurden in Berlin und Paris nicht beachtet. Im Auswärtigen Amt wurde laut eines Berichts der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* ab 2005 an einem Konzept für eine neue Russlandpolitik gearbeitet, die unter dem Motto „Wandel durch Verflechtung“ stand.¹⁸ Verantwortlich dafür sei der Planungsstab des damaligen Bundes-

16 Adomeit, Hannes: Bilanz der deutschen Russlandpolitik seit 1990. In: *Sirius – Zeitschrift für Strategische Analysen* 4, H. 3, 2020, S. 276–292.

17 Siddi, Marco: A Contested Hegemon? Germany's Leadership in EU Relations with Russia. In: *German Politics* 29, H. 1, 2020, S. 97–114.

18 Wehner, Markus: „Rechtfertigt Steinmeiers Russland-Politik die Ausladung?“, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 13. April 2022.

außenministers Frank-Walter Steinmeier gewesen. Die Bundeskanzlerin habe dem Vorhaben zwar skeptisch gegenüberstanden, hätte Steinmeier aber freie Hand gelassen. Auffallend war, wie wenig sich Steinmeier dabei von Berichten beirren ließ, die auf die innenpolitische Lage in Russland (insbesondere die autoritäre Regression und die Missachtung der Menschenrechte unter Putin sowie der zunehmend erkennbar werdende kleptokratische Charakter des Regimes) und auf zweifelhafte Aussagen Putins zur Außenpolitik verwiesen. Insbesondere seine Aussage vor der Duma vom April 2005, wonach der Kollaps der Sowjetunion die größte strategische Katastrophe des Jahrhunderts war,¹⁹ hätte im Auswärtigen Amt alle Alarmglocken zum Läuten bringen müssen. Ähnliches galt für Putins Philippika vor der Münchner Sicherheitskonferenz im Februar 2007. Aber die deutsche Ostpolitik blieb auf Russland fixiert, auch wenn es immer wieder Anläufe zum Dialog mit Polen gab, die sich aber zunehmend schwieriger gestalteten.

Mit der Wahl von Dmitri Medwedew zum Präsidenten Russlands im März 2008 schien sich die Perspektive einer dauerhaften strategischen Partnerschaft für Steinmeier aufzutun. Medwedew machte Äußerungen, die vielversprechend schienen. Tatsächlich war er nur ein Statthalter für Putin, der sich laut der damals gültigen Verfassung für keine dritte Amtsperiode hätte aufstellen können und der als Ministerpräsident aber weiterhin die Politik bestimmte. Rücksichtnahme auf Russland stand in der deutschen Politik ganz vorne an. Als im April des gleichen Jahres in Budapest beim NATO-Gipfel auf Antrag der Bush-Administration über die Aufnahme Georgiens und der Ukraine in das Atlantische Bündnis entschieden werden sollte, wurde dieses Ansinnen von Deutschland und Frankreich mit Rücksichtnahme auf russische Bedenken abgelehnt. Stattdessen wurden beide Staaten auf eine ungewisse Zukunft getröstet. Für beide bedeutete es, in eine verhängnisvolle strategische Dunkelzone gestoßen zu werden, in der Russland sie ungestört bedrängen konnte.²⁰ Die Folgen dieser Entscheidung schienen weder die Bundeskanzlerin noch den Außenminister zu beunruhigen. Die Ukraine und Georgien standen weit außerhalb des Interesses beider. Doch schon im August desselben Jahres ließ sich der georgische Ministerpräsident Saakaschwili von süd-ossetischen Separatisten zu einer Militäroperation zu genau dem Zeitpunkt verleiten, wo eine grö-

19 Sinyakov, Denis: „Putin – Soviet collapse a ‘genuine tragedy’“, NBC News, 25. April 2005; Osborn, Andrew: „Putin – Collapse of the Soviet Union was ‘catastrophe of the century’“, The Independent, 26. April 2005.

20 Busse, Nikolas: „Die NATO und die Ukraine – Merkels strategischer Fehler“, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 4. April 2022.

ßere russische Militärübung in unmittelbarer Nähe Georgiens stattfand. Es dauerte nur wenige Stunden bis russische Truppen in Georgien einfielen und es zur Vertreibung vieler georgischer Menschen aus ihren angestammten Wohngebieten kam. Die Ereignisse in Georgien hatten nachweisbar keinen Einfluss auf die deutsche Russlandpolitik, die weiterhin auf Partnerschaft – besonders bei der Modernisierung Russlands – und der Zusammenarbeit im Energiesektor setzte. Russland blieb weiterhin der primäre Partner im Rahmen der Ostpolitik.

Man kann im Nachhinein fragen, wie hätte sich die Lage der Ukraine entwickelt, wenn diese 2009 oder 2010 in die NATO aufgenommen worden wäre? Man sollte davon ausgehen, dass weder die Annexion der Krim noch die hybriden Eroberungen im Donbas stattgefunden hätten und auch der Angriff vom Februar dieses Jahres wäre vermutlich ausgeblieben. In den Jahren bis 2010 hätte Russland natürlich versuchen können, die Krim zu annektieren oder den Donbas zu besetzen. Aber der Krieg gegen Georgien hatte deutliche Schwächen des russischen Militärs aufgezeigt und zu dem Zeitpunkt hatte die Ukraine noch die Möglichkeit, mit der Unterbindung russischer Erdgaslieferungen zu drohen. Eine NATO-Mitgliedschaft der Ukraine hätte natürlich zu einer enormen Verärgerung in Russland geführt und alle deutschen Pläne einer Modernisierungspartnerschaft durchkreuzt. Im Fall einer Aufnahme der Ukraine in die NATO wäre die deutsche Umarmungsstrategie gegenüber Russland vermutlich gescheitert. Im Nachhinein wäre das aber kein Schaden gewesen, denn diese ist später ohnehin krachend gescheitert. Im Jahr 2010 war Russland noch nicht in einer Position, in der es militärisch so stark hätte auftrumpfen können wie 2014. Aber die Präferenz der Koalition lag auf Russland. Dessen Domestizierung galt allen anderen politischen Zielen als übergeordnet. Deshalb wurde der Ukraine der Beitritt zur NATO verweigert.

Erstaunlich war, dass in der von Kanzlerin Merkel geführten Koalition kein Versuch seitens der Union erfolgte, die beiden oben angeführten außenpolitische Narrative der rot-grünen Koalition in Frage zu stellen. Weder der utopische Pazifismus noch die verklärte Version der Brandt'schen Ostpolitik schien in der Union unangenehm aufzufallen. Offenbar konnte die Kanzlerin gut damit leben und diejenigen Stimmen in der Partei, die noch den Glaubenssätzen der Kohl-Ära anhängen, wurden marginalisiert. Die Unionsparteien waren seit Beginn der Bundesrepublik Deutschland die Parteien, die für Westbindung und Verteidigung im Rahmen des westlichen Bündnisses, für Europapolitik und für traditionelle Werte des Westens standen. Diese Tradition verschwand in der Ära Merkel binnen weniger Jahre weitgehend aus den Parteien (aus der CSU noch schneller als aus der CDU) und die Union schloss sich dem rot-grünen Narrativ

völlig kritiklos an. Dazu beigetragen hat der Umstand, dass vor allem in den Medien (besonders den öffentlich-rechtlichen Fernsehsendern) dieses Narrativ stark vertreten war. Abweichler wurden als „Kalte Krieger“ abqualifiziert und aus dem öffentlichen Raum weitgehend ferngehalten.

Ein Beispiel für diese kritiklose Übernahme des rot-grünen Narrativs ist das folgende Zitat des früheren CDU-Politikers Friedbert Pflüger aus einem Offenen Brief an den damaligen ukrainischen Botschafter Melnik vom Januar 2022:

„Ich gehöre, wie Sie wissen, nicht der Partei Willy Brandts an. Aber ich bin sehr froh, dass es ihn gab und er die Eskalationsspirale von Drohungen und Rechthabereien des Kalten Krieges mit seiner Politik durchbrach. Ich weiß noch, wie Egon Bahr, sein Unterhändler gegenüber der Sowjetunion, angegriffen wurde, er mache sich mit dem Kreml gemein. Gerade in krisenhaften Situationen braucht es Persönlichkeiten, die auch auf ‚der anderen Seite‘ Vertrauen genießen und von dort die Ängste, Ambitionen und ‚rote Linien‘ vermitteln. Ach, hätten wir doch jetzt einen Egon Bahr!“

Pflüger empfahl Melnyk, er solle nicht auf Abschreckung gegen Russland setzen, sondern eher eine „Klima-KSZE“ anregen. Zudem führte er aus: „Vielleicht ist es doch besser, nach einem Interessenausgleich zu suchen, anstatt die bestehenden Brände noch zu beschleunigen.“²¹ Weitere Beispiele dieser Art boten der sächsische Ministerpräsident Michael Kretschmer oder der bayrische Ministerpräsident Markus Söder, der noch wenige Tage vor dem Beginn der russischen Invasion behauptete, dass Putin „kein Feind Europas“ sei.²² Diese Jahre markierten das Ende des pro-westlichen außenpolitischen Konsens, der seit Ende der 50er Jahre des 20. Jahrhunderts die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland markiert hatte. Die SPD hatte sich aus diesem Konsens schon in den 80er Jahren verabschiedet. Wer gehofft hatte, dass die Union ihn weiter vertreten werde, wurde nun enttäuscht.

21 Pflüger, Friedberg: „Offener Brief an den ukrainischen Botschafter Andrij Melnyk“, Cicero, 27. Januar 2022.

22 Frasch, Timo/Schuller, Konrad: „Markus Söder im Interview: ‚Russland ist kein Feind Europas‘“, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 22. Januar 2022.

5. Die Jahre der christlich-liberalen Koalition (2009–2013)

Bei der Bundestagswahl im September 2009 erhielten Union und FDP genügend Stimmen, um eine „bürgerliche“ Koalition zu bilden. Ein Wandel der deutschen Ostpolitik (in Richtung ausgeglichener Beziehungen zu Russland auf der einen und den osteuropäischen und ostmitteleuropäischen Staaten auf der anderen Seite) und eine bündnisfreundlichere Politik erfolgte jedoch nicht. Auch die FDP unter ihrem Vorsitzenden Guido Westerwelle hatte sich voll dem Zeitgeist des utopischen Pazifismus und der Verklärung der Brandt'schen Ostpolitik angeschlossen und in seiner Amtszeit wurden die Beziehungen zu Russland und den anderen osteuropäischen Staaten nicht verändert. Westerwelle, der seiner Partei große Stimmgewinne eingebracht hatte, weil er Kompetenz in der Wirtschafts- und Finanzpolitik hatte, insistierte darauf, das Außenministerium zu bekommen, weil er sich von dieser Position einen hohen Popularitätsgewinn versprach. Mit seiner Forderung nach Abzug der letzten amerikanischen Kernwaffen vom deutschen Boden löste er eine transatlantische Vertrauenskrise aus. Ebenso mit seiner Weigerung, sich an der Operation der NATO zu beteiligen, die die Bevölkerung Libyens vor den marodierenden Truppen Ghaddafis schützen sollte. Der deutsche Politikwissenschaftler Christian Hacke hat Westerwelle damals als den „borniertesten deutschen Außenminister seit Ribbentrop“ bezeichnet.²³ Aber auch die Kanzlerin nutzte nicht den Spielraum, um sich aus der von der SPD vorgegebenen Richtung zu befreien. Dahinter stand die Rücksichtnahme auf die deutsche Wirtschaft.

Teile der deutschen Industrie und vor allem die großen Energieversorger hatten angesichts des sich abzeichnenden Ausstiegs aus Kernenergie und Kohle und unter den Bedingungen des Erneuerbaren Energiegesetzes nach sicheren Bezugsquellen für Erdgas gesucht. Da rückte Russland immer mehr in den Fokus und die deutsche, auf Russland fixierte Ostpolitik passte genau in dieses Bild. Die einhergehenden Risiken, die sich in Russland deutlich abzeichneten, wurden von den deutschen Unternehmen ignoriert. Sie glaubten wohl auf die Bundesregierung vertrauen zu können, hatte diese doch einen Nachrichtendienst zur Verfügung und viele professionelle Diplomaten, die Russland gut zu kennen schienen. Schon in der Ära Schröder, aber immer deutlicher in der Ära Merkel zeichnete sich in diesem Zusammenhang eine große Koalition von utopischen Pazifisten,

23 SPIEGEL: „Kritik an Westerwelle: ‚Borniertester Außenminister seit von Ribbentrop‘“, 22. April 2011.

illusionsgetriebenen Russlandfreunden und der Industrie und der Energieversorger ab, die sich in der naiven Annahme einig waren, dass Russland ein verlässlicher strategischer Partner sei, mit dem man handeln könne, der Abhängigkeiten nicht ausnutzt, und der auch militärisch keine problematischen Wege geht. Unter dem Label „deutsche Ostpolitik“ entstand ein Sammelsurium aus friedenspolitischer Erweckung, Russlandfixierung und kommerziellen Interessen, welches die Politik so nachhaltig strukturierte, dass warnende Stimmen aus dem In- und Ausland mit einer unglaublichen Ignoranz weggewischt wurden.

Im Übrigen verlief die bündnispolitische Dimension auch nicht viel besser. Zwar trat im Januar 2009 mit Barack Obama ein Präsident der Demokraten sein Amt an, zu dem die deutsche Bundeskanzlerin ein deutlich besseres Verhältnis entwickelte als zu dessen Vorgänger. Aber das Hauptinstrument deutscher Bündnispolitik – eine einsatzfähige Bundeswehr – litt weiterhin unter ihrer Vernachlässigung. Auch hier versagte die Union, die bis Ende der 90er Jahre die Partei der Bundeswehr gewesen war. Schon der Verteidigungsminister der ersten Großen Koalition, Franz Josef Jung, hatte keinen Bezug mehr zur Bundeswehr. Unter seinem Nachfolger, dem medienaffinen und nach höheren Ämtern blickenden Karl-Theodor zu Guttenberg kam es zu den größten und medial am meisten gefeierten Einschnitten in die Einsatzbereitschaft der Bundeswehr (einschließlich der Aussetzung der Wehrpflicht). Sein Nachfolger Thomas de Maiziere konnte die Verfehlungen Guttenbergs nicht wieder gut machen. Er war ebenso wie Jung und von Guttenberg ohne Vorbereitung in dieses Amt gekommen. Mit verteidigungspolitischem Sachverstand ausgestattete Bundestagsabgeordnete der Unionsfraktion galten nicht als ministrabel oder wurden in andere Ministerien platziert (wie MdB Christian Schmidt, der Landwirtschaftsminister wurde). Die Vernachlässigung der Bundeswehr wurde vor allem in den USA mit großer Sorge gesehen. Die Bundeskanzlerin und ihre zuständigen Ressortminister teilten diese Sorge offenbar nicht.

6. Die Jahre der Koalition aus Union und SPD (2013–2021)

Der Ausgang der Bundestagswahl vom September 2013 war für die FDP katastrophal. Sie konnte – nicht zuletzt aufgrund des grandiosen Scheiterns ihres Außenministers – nicht die 5-Prozent Hürde überspringen und Kanzlerin Merkel musste trotz ihres großen Erfolges (CDU und CSU erhielten über 40 Prozent der abgegebenen Stimmen) erneut eine Koalition mit der SPD eingehen. Der Architekt der russlandorientierten Ostpolitik, Frank-Walter Steinmeier, trat somit erneut das Amt des Außenministers

an. Dieses hatte er bis Januar 2017 inne, danach wurde er Bundespräsident. Seine Nachfolger als Außenminister waren Sigmar Gabriel (Januar 2017 bis März 2018) und Heiko Maas (März 2018 bis Dezember 2021).

Zu Beginn der Arbeit der Koalition aus Union und SPD (von einer „Großen“ Koalition mochten damals angesichts der Schwäche der SPD immer weniger sprechen) hätte man eigentlich eine Neubewertung der Russlandpolitik erwarten können. Dafür sprachen zwei ganz zentrale und nicht zu übersehende Entwicklungen:

- Zum einen erfolgte die Wiederwahl Wladimir Putins als Präsident Russlands im März 2012 unter Bedingungen, bei denen von einer fairen und freien Wahl nicht mehr gesprochen werden konnte. Es kam zu massiven Protesten in Russland, die gewaltsam unterdrückt wurden und die erkennen ließen, wie repressiv das System geworden war. Es kam mehr und mehr zu politischen Morden an Oppositionellen, die zum Teil auch im Ausland erfolgten. In dieser Phase wurde offenkundig, dass Putin die Proteste als von außen gelenkt bezeichnete und die USA und westliche Mächte beschuldigte, mit „farbigen Revolutionen“ Russland bedrohen zu wollen. Die angebliche Anstiftung „farbiger Revolutionen“ seitens westlicher Kräfte wurde sogar in der russischen Militärdoktrin als eine der zentralen Bedrohungen russischer Sicherheit aufgeführt und führte ihrerseits dazu, dass Russland vermehrt versuchte, westliche Demokratien seinerseits zu destabilisieren. Im Jahr 2012 wurden eine Vielzahl von Gesetzen und Verordnungen erlassen, die es oppositionellen Bewegungen massiv erschwerten, ihrer Tätigkeit in Russland nachzugehen. Sie mussten sich als ausländische Agenten registrieren lassen und ihre Arbeit wurde behindert, wo immer es ging. Ausländische nicht-staatliche Organisationen mussten Russland verlassen.²⁴
- Zum Zweiten wurde mehr und mehr im Westen wahrgenommen, dass Russland mit einem umfangreichen Modernisierungsprogramm des Militärs begonnen hatte. Dieses wurde 2008 nach den Erfahrungen mit dem Krieg gegen Georgien initiiert. In diesem Zusammenhang wurde im Dezember 2020 das staatliche Rüstungsprogramm für die Jahre 2011 bis 2020 aufgelegt. Diesem Programm zufolge wollte Russland innerhalb der nächsten Dekade Finanzmittel in der Größenordnung von 23 Billionen Rubel (nach damaligem Wechselkurs 755 Milliarden US-

24 Adomeit, Hannes: Russland und der Westen. Von „strategischer Partnerschaft“ zur strategischen Gegnerschaft. In: Sirius – Zeitschrift für strategische Analysen 5, H. 2, 2021, S. 114.

Dollar) zur Modernisierung der russischen Streitkräfte aufwenden.²⁵ Dieses Programm änderte die Modernisierungspläne grundlegend. War es bis dahin das Hauptziel der Modernisierung, die Fähigkeit zur Interventionen im Bereich der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten zu sichern, so richtete sich dieses Modernisierungsprogramm auf einen größeren Krieg aus – entweder gegen die NATO oder gegen die Ukraine.²⁶

Beide hier genannten Entwicklungen wurden vor allem in Nordeuropa, in Osteuropa, in Großbritannien und den USA mit großer Sorge registriert. Eine Analyse der Nationalen Verteidigungsuniversität in Tampere in Finnland kam schon 2013 zu dem Ergebnis, dass hinter diesen Modernisierungen ein strategisches Konzept stehe, welches auf Revision von Grenzen aus ist und die Sicherheit Finnlands und anderer osteuropäischer Staaten bedrohe.²⁷ Die Verfasser wiesen auf das große Beschaffungs- und Munitionierungsprogramm der russischen Streitkräfte hin. Zum ersten Mal seit dem Ende der Sowjetunion sei Russland wieder in die massive Serienproduktion von Waffensystemen und Munition eingestiegen. Die Wehrpflicht sei nicht aufgehoben, was bedeute, dass das Land neben seinen etwa 700.000 aktiven Soldaten auf eine Reserve von mehreren Millionen Mann zurückgreifen könnte. Die Modernisierungen der Streitkräfte und deren

-
- 25 Adomeit, Hannes: Russland und der Westen. Von „strategischer Partnerschaft“ zur strategischen Gegnerschaft. In: *Sirius – Zeitschrift für strategische Analysen* 5, H. 2, 2021, S. 115.
- 26 Monaghan, Andrew: *Russian State Mobilization: Moving the Country on to a War Footing*. Royal Institute of International Affairs: London 2016; Connolly, Richard/Boulègue, Mathieu: *Russia's New State Armament Programme. Implications for the Russian Armed Forces and Military Capabilities to 2027*. Royal Institute for International Affairs: London 2018; Lavrov, Anton: *Russian Military Reforms from Georgia to Syria*. Center for Strategic and International Studies (CSIS): Washington D.C. 2018; Johnson, Dave: *General Gerasimov über die Entwicklungslinien der russischen Militärstrategie – Eine Analyse*. In: *Sirius – Zeitschrift für Strategische Analysen* 3, H. 3, 2019, S. 255–261; Dick, Charles: *Russian Ground Forces Posture Towards the West*. Royal Institute of International Affairs: London 2019; Muzyka, Konrad: *Russian Forces in the Western Military District*. Center for Naval Analysis (CAN): Washington D.C. 2020; Hackett, James: *Die Modernisierung der russischen Streitkräfte*. In: *Sirius – Zeitschrift für Strategische Analysen* 5, H. 2, 2021, S. 125–139; Westerlund, Fredrik: *The role of the military in Putin's foreign policy. An overview of current research*. Swedish Defence Research Agency (FOI): Stockholm 2021.
- 27 Forss, Stefan/Kiianlinna, Lauri/Inkinen, Pertti/Hult, Heikki: *The Development of Russian Military Policy and Finland*. National Defence University, Research Reports No. 49: Tampere 2013.

operativ-strategische Ausrichtung im Ostseeraum lasse den Wunsch erkennen, vornehmlich in der Nachbarschaft militärisch eingreifen zu können. Die Verfasser kritisierten, dass sowohl in Paris wie in Berlin die strategischen Implikationen dieses Aufbaus nicht verstanden worden wären. Vielmehr betrachteten die beiden Regierungen Russland immer noch als strategischen Partner.

Im September 2013 fand in Russland und Belarus die alle vier Jahre stattfindende Militärübung *Zapad* statt. Diese ergab zahlreiche Einblicke in den Stand der Modernisierung der russischen Streitkräfte und vor allem in die strategische Zielrichtung, die damit verfolgt worden war.²⁸ Das angegebene Ziel – Bekämpfung terroristischer Eindringlinge, die ganze Städte und Landstriche kontrollierten – wurde teilweise tatsächlich verfolgt. Dabei wurden Praktiken von „terroristischen Eindringlingen“ erprobt und übungsmäßig im Kampf getestet, die versuchten, ein Land durch Besetzung von öffentlichen Gebäuden und Nachrichtensendern zu destabilisieren, um dann die Kontrolle zu übernehmen. Dies waren exakt jene Methoden, die dann im Frühjahr 2014 in der Ukraine von russischen Spezialtruppen und „Freiwilligen“ bei der Besetzung der Krim und von Teilen der Ostukraine angewandt worden sind. Im Verlauf der Übung wurde aber immer deutlicher, dass die russischen Streitkräfte in großem Maße auch die kombinierte, streikraftübergreifende Kriegsführung auf einem regionalen Schauplatz übten, an der auch Truppen des Innenministeriums sowie der Zivilverteidigung teilnahmen. Es wurden klassische Übungen konventioneller Kriegsführung gegen einen gut bewaffneten Gegner durchgeführt. Eine große Rolle spielten maritime und amphibische Operationen sowie Luftlandeunternehmen. Auch gab es spektakuläre Tests mit dem neuen Raketenystem *Iskander*. An der Übung nahmen erstmals auch *Su-34* Flugzeuge teil. Anders als bei der Übung *Zapad 2009* wurden dieses Mal keine Atomwaffenschläge geübt.²⁹

28 Vgl. Zdanavičius, Liudas/Czekaj, Matthew (Hrsg.): *Russia's Zapad 2013 Military Exercise. Lessons for Baltic Regional Security*. Jamestown Foundation/National Defence Academy of Latvia: Washington D.C./Riga 2015.

29 Siehe Järvenpää, Pauli: *ZAPAD 2013 – A View from Helsinki*. In: Liudas Zdanavičius/Matthew Czekaj (Hrsg.): *Russia's Zapad 2013 Military Exercise. Lessons for Baltic Regional Security*, The Jamestown Foundation/National Defence Academy of Latvia: Washington D.C./Riga, 2015, S. 43–57; Blank, Stephen: *What do the Zapad 2013 Exercises Reveal?* In: Liudas Zdanavičius/Matthew Czekaj (Hrsg.): *Russia's Zapad 2013 Military Exercise. Lessons for Baltic Regional Security*, The Jamestown Foundation/National Defence Academy of Latvia: Washington D.C./Riga, 2015, S. 8–13.

Diese Entwicklungen wurden in der Bundesregierung nicht wahrgenommen bzw. als irrelevant abgetan. Es ist davon auszugehen, dass der Bundesnachrichtendienst (BND) auf die Verschärfung der Innenpolitik in Russland und die ambitionierten russischen Rüstungsprogramme hingewiesen hat und zu ähnlichen Schlussfolgerungen wie die Experten aus Tampere gekommen war. Auch wurden Warnungen aus Polen ignoriert.³⁰ Im Kanzleramt und im Außenministerium schien das offenkundig niemand zu interessieren. Unbeirrt hielt die Bundesregierung an ihrer partnerschaftlichen Russlandpolitik fest. Spätestens 2013 hatte sich deutlich abgezeichnet, dass Russland einen revisionistischen Konfrontationskurs gegen den Westen und die Ukraine vorhatte (sofern sich diese weiter in Richtung Westen bewegt) und dass militärische Mittel und die Nutzung von Energieabhängigkeiten zentrale Instrumente dieser Politik werden sollten. Zu diesem Zeitpunkt hätte eine Generalrevision der deutschen Russland- und Ostpolitik stattfinden müssen. Sie kam nicht zustande, weil der deutsche Außenminister Steinmeier unbeirrt an seinem Kurs festhielt, weil die Bundeskanzlerin ihm mehr oder weniger freie Hand ließ und weil die neue Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen andere Prioritäten setzte. Für von der Leyen war es wichtig, dass sich Soldatinnen und Soldaten in den Kasernen wohlfühlten und dass das Beschaffungswesen der Bundeswehr effektiver gestaltet werden konnte. Für Letzteres wurden Millionenbeträge für Beratungsleistungen der Firma McKinsey aufgewandt, die am Ende keinen sichtbaren Effekt erzielten. Für Analysen zur strategischen Lage wurden dagegen wenig Gelder bereitgestellt. *Die Bundesregierung antwortete auf eine sich abzeichnende besorgniserregende internationale Entwicklung mit vollständiger strategischer Blindheit.* Es ist in diesem Zusammenhang wenig beruhigend festzustellen, dass eine ähnliche Form von strategischer Blindheit in Frankreich vorherrschte und aus Paris keine Impulse kamen, die in eine andere Richtung hätten weisen können. Bis 2022 hielt der französische Präsident Macron stur daran fest, dass die hauptsächliche Bedrohung Europas der islamistische Fundamentalismus sei und Russland ein Partner wäre.³¹

Der unvermeidliche Realitätsschock ereilte die Bundesregierung im Februar und März 2014, als Russland erst die Krim durch unmarkierte Spezialkräfte („grüne Männer“) besetzte und dann im Donbas und in Odesa durch wiederum nicht markierte Spezialkräfte und Söldnertruppen öffent-

30 Krzemiński 2015.

31 Vgl. z. B. RadioFreeEurope/RadioLiberty: „Macron Says Russia, China Not NATO Allies' Common Enemies – Terrorism Is“, 28. November 2019.

liche Gebäude und Fernsehsender einnahm und Volksrepubliken ausrufen ließ. In Odesa scheiterte das Vorhaben blutig, in den Bezirken Donezk und Luhansk konnten die russischen Freischärler nur durch Interventionen russischer Streitkräfte Gebiete unter ihrer Kontrolle halten.

Die Bundesregierung reagierte auf die Krim-Besetzung mit Versuchen der diplomatischen Intervention in Moskau. Diese erbrachten keine Ergebnisse. Forderungen europäischer Staaten und der USA nach massiven Sanktionen wurden von der Bundesregierung zurückgewiesen. Die Hauptfurcht in Berlin war, dass die Operation auf der Krim nur eine Falle sei, die die Ukrainer zu einer militärischen Operation zur Rückgewinnung der Ukraine veranlassen sollte. Von daher galt es, nicht auf die Russen einzuwirken, sondern die Ukrainer zur Zurückhaltung zu bewegen.³² Das alles überragende Motto war „De-Eskalation“ – obwohl es keinerlei Hinweise darauf gab, dass in Kyjiw irgendwelche Vorbereitungen zu einer militärischen Intervention in Richtung Krim getroffen wurden. Durch diese De-Eskalationsstrategie unterlief die Bundesregierung ein einheitliches Vorgehen der Europäischen Union gegen Russland. Dort gab es vor allem unter den Osteuropäer viele Stimmen, die für starke Sanktionen eintraten. Die Bundesregierung verhinderte dies alles. Auch nach den hybriden Aggressionen im Donbas und den verzweifelten Versuchen der Ukraine, die Kontrolle über ihr Territorium wieder herzustellen, bemühte sich die Bundesregierung zusammen mit der französischen Regierung in erster Linie um einen Waffenstillstand (Normandie-Format). Dies war angesichts der schwierigen Lage der Ukraine angebracht, aber im Laufe des Prozesses ließen sich Deutschland und Frankreich auf einen Verhandlungsrahmen (Minsk I und Minsk II) ein, in dem die Fiktion akzeptiert wurde, wonach Russland kein Akteur in diesem Spiel sei, sondern, dass es nur um einen innerukrainischen Bürgerkrieg gehe, in dem die russische Regierung (der eigentliche Anstifter) als Vermittler fungiere (siehe vorheriges Kapitel). Zudem wurde eine Regelung für die besetzten Gebiete vereinbart, die widersprüchlich und nicht umsetzbar war und letztlich die russische Annexion verstetigte. Deutschland und Frankreich billigten durch ihre Mitwirkung mehr oder weniger stillschweigend die durch Russland vollzogene grundsätzliche Infragestellung der Kernnormen der europäischen Friedensordnung wie auch der Charta der Vereinten Nationen.³³ Interes-

32 Dies Phase ist aufgearbeitet bei Eitel, Peter 2021: *The Russian Annexation of Crimea 2014: Which Role for Surprise, especially for Germany?* Dissertation der Christian-Albrechts Universität zu Kiel: Kiel 2021, Kapitel III.

33 Essen, Hugo von/Umland, Andreas: *Russlands diktiertem Nicht-Frieden im Donbas 2014–2022. Warum die Minsker Abkommen von Anbeginn an zum Scheitern*

santerweise wurde die damalige Politik Deutschlands in den wissenschaftlichen Debatten weniger problematisch gesehen.³⁴

Die Alternative wäre eine entschlossene Politik der westlichen Gemeinschaft gewesen, die massive Sanktionen in der Art gegen Russland verhängt hätte, wie sie erst nach dem 24. Februar 2022 erfolgt sind. Dieses von den meisten europäischen Staaten und den USA bevorzugte Vorgehen scheiterte im Frühjahr 2014 an dem Widerstand der Bundesregierung und Frankreichs. Erst nach dem Abschuss eines Passagierflugzeugs der *Malaysia Airlines* am 17. Juli 2014 durch russische Freischärler, die sich eine Flugabwehrrakete von regulären russischen Truppen „ausgeliehen“ hatten, schwenkte auch die Bundesregierung auf die Verhängung von Sanktionen ein. Diese blieben jedoch relativ harmlos, galt es doch „den Gesprächsfaden nach Moskau“ nicht abreißen zu lassen.

Auch innerhalb der NATO bremste die deutsche Bundesregierung (meist im Duo mit Frankreich) die Versuche, gegen Russland eine effektive konventionelle Verteidigungsfähigkeit im Baltikum und Ostmitteleuropa aufzubauen. Zwar wurde auf den Gipfeln von Wales, Warschau und Brüssel beschlossen, dass es kleine multinationale Kampfgruppen in den drei baltischen Staaten und in Polen geben solle, diese sollten aber bestenfalls Bataillonsstärke haben.³⁵ Die Bundesregierung hatte Wert darauf gelegt, dass die NATO-Russland-Akte von 1997 auf keinen Fall von der NATO verletzt werde. Auch hier wurde wieder der ansonsten abreißende Gesprächsfaden bemüht, obwohl Russland die Kernbestimmungen der Akte bereits fundamental verletzt hatte. Die Bundesregierung konnte nicht verhindern, dass auf den oben genannten Gipfeltreffen sowie nachfolgenden Treffen der Außen- und Verteidigungsminister die militärische Bedrohung durch Russland wiederholt beschrieben wurde. Zwar unterzeichneten die Bundeskanzlerin, der Außenminister und die Verteidigungsministerin die betreffenden Dokumente, nur fanden sich die entsprechenden Formulierungen in ihren Reden nicht wieder. Tatsächlich wurde weiter-

verurteilt waren. In: *Sirius – Zeitschrift für strategische Analysen* 6, H. 3, 2022, S. 282–292. Dieser Beitrag findet sich auch als Kapitel 5 dieses Bandes.

34 Vgl. Siddi, Marco: German Foreign Policy towards Russia in the Aftermath of the Ukraine Crisis: A New Ostpolitik? In: *Europe-Asia Studies* 68, H. 4, 2016, S. 665–677; Forsberg, Tuomas: From ‚Ostpolitik‘ to ‚frostpolitik‘? Merkel, Putin and German foreign policy towards Russia. In: *International Affairs* 92, H. 19, 2016, S. 21–42.

35 Meyer zum Felde, Rainer: Abschreckung und Dialogbereitschaft – der Paradigmenwechsel der NATO seit 2014. In: *Sirius – Zeitschrift für Strategische Analysen* 2, H. 2, 2018, S. 101–117.

hin von der Notwendigkeit von Entspannung, Vertrauensbildung und De-Eskalation gesprochen.

Auf den Gipfeltreffen hatte die Bundesregierung weitgehende Zusagen gemacht. So wurde versprochen, dass die Ausgaben für Verteidigung von 1,1 Prozent auf 2 Prozent steigen würden. Zudem sollten die sechs Brigaden des Heeres einsatzfähig gemacht werden und bis 2030 auf zehn Brigaden anwachsen. Im Rahmen der schnellen Eingreiftruppe der NATO versprach die Bundesregierung, jenseits der in Litauen zu stationierenden Panzerkompanie weiterhin für die besonders schnell einsetzbare Truppe (VJTF) ein Divisionshauptquartier, Divisionstruppen sowie zwei einsatzfähige Kampfbrigaden vorzuhalten.³⁶

Diese Zusagen wurden weitgehend nicht eingehalten. Innerhalb der Bundesregierung – und vor allem von der SPD-Fraktion – wurde die zwei Prozent Zusage offen in Frage gestellt und deren Umsetzung blockiert.³⁷ Versuche der Bundeskanzlerin oder der Verteidigungsministerin von der Leyen, auf die Einhaltung der Zusagen zu drängen, konnten nicht beobachtet werden. Diese Missachtung der Vereinbarungen von Wales und Warschau führte zu einer tiefgehenden Verstimmung im deutsch-amerikanischen Verhältnis, als der damalige US-Präsident Donald Trump die mangelnde Bereitschaft Deutschlands kritisierte und androhte, dass sich die USA aus dem NATO-Vertrag zurückziehen könnte. Die Antwort der Bundeskanzlerin blieb blass. Was ihr zu Hilfe kam, war der Umstand, dass der rüde Umgangston von Trump die meisten Beobachter gegen diesen aufbrachte. Merkel wurde in den Medien als beruhigender Faktor dargestellt. Tatsächlich war die mangelnde Bereitschaft der Bundesregierung in den USA (und zwar nicht nur bei Republikanern) ein schweres bündnispolitisches Manko, welches erhebliche Zweifel an der Bündnistreue Deutschlands geweckt hat und noch immer weckt.

Allerdings konnte eine gewisse Änderung in der Politik der Bundesregierung gegenüber Russland beobachtet werden: Wurden die russischen Rüstungsanstrengungen bis 2014 weitgehend ignoriert oder für unwichtig befunden, griff nun die Vorstellung um sich, dass Russland so überragend militärisch stark sei, dass es keinen Sinn mache, der Ukraine zu helfen, sich gegen einen erneuten russischen Angriff zu wappnen. Bundeskanzlerin Merkel lehnte wiederholt deutsche Waffenlieferungen an die Ukraine

36 Meyer zum Felde 2018, Abschreckung und Dialogbereitschaft, S. 114.

37 Meyer zum Felde, Rainer: Deutsche Verteidigungspolitik – Versäumnisse und nicht eingehaltene Versprechen. In: Sirius – Zeitschrift für Strategische Analysen 4, H. 3, 2020, S. 315–332.

ab, weil Russland ohnehin militärisch überlegen sei und die Ukraine sich nicht verteidigen könne.³⁸ Auch kam von ihr die Aussage, dass es in der „Region schon genug Waffen“ gäbe.

In der wissenschaftlichen Diskussion – besonders unter Russland- und Osteuropaexperten – wurde die Bundesregierung wiederholt für diese Politik kritisiert. Aber diese Ratschläge wurden nicht beachtet. Der Verfasser dieses Artikels machte 2014 eine ähnliche Erfahrung, als er in einem vom Auswärtigen Amt angefragten Beitrag für den *Global Review 2014* die Aussage traf, dass Russland die strategische Konfrontation mit dem Westen suche. Der Beitrag wurde praktisch aus dem Verkehr gezogen, weil er nicht dem Wunschenken des Außenministers und seiner Berater entsprach.³⁹ Eher wurde auf Ratschläge der Friedensforschung gehört, wie der 2017 veröffentlichte Beitrag von Matthias Dembinski und Hans-Joachim Spanger mit dem Titel „Pluraler Frieden: Leitideen für eine neue Russlandpolitik.“⁴⁰ In ihm anerkannten sie das Recht Russlands, sich von einer als imperial verstandenen liberalen Ordnung abzuwenden und eine eigene Ordnungsvorstellung in ihrem Umfeld umzusetzen. Ihr Beitrag lief auf die Akzeptanz einer russischen Einflusszone in Osteuropa hinaus⁴¹ und ließ die „dunkle“ Seite der Brandt’schen Ostpolitik deutlich werden. Auch diese basierte auf der Anerkennung einer russischen Vormacht und es war Egon Bahr, der davon ausging, dass nur durch die Akzeptanz dieser Vormacht Gesprächsfähigkeit herzustellen sei und Diplomatie mit Moskau möglich wäre. Unter den Bedingungen der 70er Jahre, als sowjetische Truppen tief in Europa standen, mag das noch „realistisch“ gewesen sein, aber unter den Bedingungen des 21. Jahrhunderts lief das auf den Ausverkauf der Ukraine und auf die Empfehlung hinaus, dass diese sich dem russischen Willen unterordnen müsse.

Der Beitrag von Dembinski und Spanger wurde in der Fachwelt zerrissen,⁴² er reflektierte aber ziemlich genau den Proto-Realismus der von

38 Heinemann-Grüder, Andreas: Russland-Politik in der Ära Merkel. In: *Sirius – Zeitschrift für Strategische Analysen* 6, H. 4, 2022, S. 366.

39 Vgl. Dokumentation „Global Review 2014: Warnungen vor Russland gab es zu Genüge, sie wurden nur nicht beachtet“. In: *Sirius – Zeitschrift für strategische Analysen* 6, H. 2, 2014, S. 227.

40 Dembinski, Matthias/Spanger, Hans-Joachim: Pluraler Frieden. Leitideen für eine neue Russlandpolitik. In: *Osteuropa* 67, H. 3/4, 2017, S. 87–96.

41 Heinemann-Grüder 2022, Russland-Politik in der Ära Merkel, S. 368.

42 Heinemann-Grüder, Andreas: Wider den Sonderfrieden. Eine Replik auf das Konzept vom „Pluralen Frieden“. In: *Osteuropa* 67, H. 3/4, 2017, S. 103–108; Meister, Stefan: Wasser auf Putins Mühlen. „Pluraler Frieden“ als russlandfixierte Ostpolitik. In: *Osteuropa* 67, H. 3/4, 2017, S. 129–133; Sushko, Oleksandr/Umland, An-

Angela Merkel geführten Koalition aus Union und SPD. Die Politik gegenüber Russland wurde – das zeigte sich besonders im Minsk-Prozess – zu einer Beschwichtigungspolitik, deren Hauptziel es war, den russischen Präsidenten zufrieden zu stellen, damit er nicht noch mehr Schaden anrichtet. In diesem Zusammenhang wurde die Rüstungspolitik Russlands irgendwie als gegeben hingenommen, der man nichts entgegensetzen könne. Die der NATO gegebenen Zusagen zur Verstärkung der Bundeswehr wurden nicht eingehalten und somit ein sich ständig zugunsten Russlands veränderndes militärisches Ungleichgewicht in Europa als quasi natürlich und unabänderlich akzeptiert.

Stattdessen wurde das Konzept der Rüstungskontrolle (welches zu Zeiten des Kalten Kriegs ein probates Mittel der Verständigung über die Bewältigung von Krisen war, welche durch Rüstung entstehen können) immer dann angeführt, wenn auf weitere russische Rüstungsmaßnahmen hingewiesen wurde. So zeichnete sich Mitte des vergangenen Jahrzehnts ab, dass Russland ein beachtliches Arsenal an konventionell und nuklear bestückbaren Marschflugkörpern aufbaute, welches auf Europa zielte und zielgenaue Angriffe erlaubte.⁴³ Dies geschah sowohl im Rahmen des INF-Vertrags als auch unter Umgehung des Vertrags. Eigentlich hätte dieser Aufbau zu einer Diskussion über Gegenmaßnahmen oder eine Kombination aus Gegenmaßnahmen und Vertragsangeboten führen müssen. Stattdessen wurde die US-Regierung kritisiert, dass diese eine der wichtigsten Säulen der europäischen Sicherheitsarchitektur aufgegeben habe.⁴⁴ Die USA hatten 2018 den INF-Vertrag aufgekündigt, nachdem Russland diesen seit 2013 kontinuierlich gebrochen hatte. Die Obama-Administration hatte sich zu diesem Schritt aus Rücksichtnahme auf die Bundesregierung nicht entschließen können, nachdem Versuche zur Klärung im Rahmen von Konsultationen mit Russland gescheitert waren. Die Trump-Administration war hingegen weniger zurückhaltend.

Rüstungskontrolle wurde zu einer Ideologie, deren Hauptzweck es war, zum einen multilateralen Aktivismus in den Vereinten Nationen

dreas/Weichsel, Volker: Unrealistisches Szenario. Anmerkungen zum „Pluralen Frieden“. In: Osteuropa 67, H. 3/4, 2017, S. 109–120.

43 Brauß, Heinrich/Krause, Joachim: Was will Russland mit den vielen Mittelstreckenwaffen? In: Sirius – Zeitschrift für Strategische Analysen 3, H. 2, 2019, S. 154–166.

44 Vgl. Auswärtiges Amt: Außenminister Maas zur Ankündigung der USA, sich aus dem INF-Vertrag zurück zu ziehen, 21. Oktober 2018.

bezüglich kommender Probleme zu betreiben,⁴⁵ und zum anderen, um Diskussionen über russische Rüstungsanstrengungen zu beschwichtigen und möglichst dabei den USA eine Schuld zuzuschreiben. Ihr Hauptideologe war der SPD-Abgeordnete und seit 2019 auch Fraktionsvorsitzende Rolf Mützenich, der die Entspannungspolitik, Rüstungskontrolle und die „blockübergreifenden [sic!] Entspannung“ beschwor.⁴⁶ Aber auch der frühere Außenminister und heutige Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier äußerte sich in dieser Weise. So kritisierte Steinmeier im Juni 2016 ein vom Umfang her kleines Manöver der NATO im Baltikum als „Säbelraseln und Kriegsgeheul.“ Er sagte in diesem Zusammenhang: „Wer glaubt, mit symbolischen Panzerparaden an der Ostgrenze des Bündnisses mehr Sicherheit zu schaffen, der irrt. [...] Wir sind gut beraten, keine Vorwände für eine neue, alte Konfrontation frei Haus zu liefern.“⁴⁷

Der Höhepunkt der Beschwichtigungspolitik war jedoch die Zustimmung der Bundesregierung zum Bau einer weiteren *Nord Stream*-Pipeline (*Nord Stream 2*). Diese Zustimmung wurde Ende 2014 von der Bundesregierung signalisiert, die allerdings stets betonte, dass es sich um ein kommerzielles Projekt handle. Anders als bei *Nord Stream 1* war dieses Mal *Gazprom* alleiniger Betreiber des Pipelinebaus, die Firma *Wintershall Dea* und andere Firmen hatten sich als Darlehensgeber an der Finanzierung des Pipeline-Projekts beteiligt. Das Projekt wurde sofort in ganz Europa kritisiert, weil es der Anfang des Jahrzehnts vereinbarten Politik der Europäischen Union zuwiderlief, wonach sich die Mitgliedstaaten weniger von Russland abhängig machen sollten.⁴⁸ Zudem gewährte die Bundesregierung, in der die Verantwortung für Energiesicherheit im Wirtschaftsministerium ressortierte, dem russischen Konzern *Gazprom* Zugangsrechte zu Gasspeichern in Deutschland. Die Bundesregierung ließ es bis 2015 sogar zu, dass bis zu 25 Prozent der deutschen Gasspeicherkapazität Tochterge-

45 Krause, Joachim: Deutsche Rüstungskontrollpolitik im strategischen Niemandsland. In: *Sirius – Zeitschrift für Strategische Analysen* 5, H. 2, 2021, S. 157–164.

46 Mützenich, Rolf: „Für Ignoranz und Ausgrenzung ist Russland zu groß und zu mächtig“, Vorwärts, 20. Dezember 2016; Mützenich, Rolf: Echte Entspannungspolitik ist kein Appeasement, 19. Januar 2015; Mützenich, Rolf: „Entspannungspolitik auf der Höhe der Zeit“, IPG, 17. Januar 2022. In dem Interview gab er tatsächlich den Satz von sich: „Langfristig muss unser Ziel eine europäische Sicherheitsordnung jenseits der Blöcke sein.“

47 Frankfurter Allgemeine Zeitung: „Konflikt mit Russland: Steinmeier kritisiert Nato-Manöver in Osteuropa“, 18. Juni 2016.

48 Umbach, Frank: Strategische Irrtümer, Fehler und Fehlannahmen der deutschen Energiepolitik seit 2002. In: *Sirius – Zeitschrift für Strategische Analysen* 6, H. 4, 2022, S. 378.

sellschaften des russischen Staatskonzerns *Gazprom* gehörten. Die letzte Übertragung erfolgte 2015, als der große Gasspeicher in Rehden nach Vermittlung durch den ehemaligen deutschen Bundeskanzler Gerhard Schröder mit Genehmigung des damaligen Wirtschaftsministers Sigmar Gabriel verkauft wurde. Die Deutschen hätten sich, so die Wirtschaftswoche, „nach und nach und bei vollem Bewusstsein in die Hand Moskaus begeben.“⁴⁹

Diese Abhängigkeit von russischem Erdgas war durchaus im Interesse deutscher Energieversorger und Großverbraucher, die sich nach dem 2011 beschleunigtem Ausstieg aus der Atomenergie und dem ebenfalls beschlossenen Ausstieg aus der Kohlekraft zu Recht Sorgen um die Versorgungssicherheit bei der Stromversorgung machten. Denn die Versorgungssicherheit stand nicht im Mittelpunkt der Energiepolitik, sondern das öffentlichkeitswirksame Setzen von umweltpolitischen Signalen. Allerdings war das russische Gas keinesfalls so billig, wie angepriesen.⁵⁰ Um zu verhindern, dass die Bundesregierung in den globalen Markt für Flüssiggas einsteigt und LNG-Terminals baut, wurden aus Russland Meinungskampagnen gegen LNG gestartet, die suggerieren sollten, dass die USA mit LNG den Deutschen teures und schmutziges Gas aus der Fracking-Produktion andrehen wollten. Diese Desinformation wurde von Umwelt- und Klimaschützern kritiklos übernommen und hat auch die Politik der Bundesregierung beeinflusst.

Das Projekt *Nord Stream 2* sorgte nochmals für eine massive Störung der deutsch-amerikanischen Beziehungen und damit für eine schwere Beschädigung des Bündnisses, die völlig überflüssig war. Nicht nur die Trump-Administration in Person des unglücklich agierenden Botschafters Grenell, sondern auch der Kongress zeigten sich unbeeindruckt von den Argumenten der Bundesregierung und verhängten schwerwiegende Sanktionen gegen Firmen, die sich an dem *Gazprom*-Projekt beteiligten. Sie trieb genauso wie die meisten europäischen Regierungen und das Europa-Parlament die Sorge um, dass Deutschland sich in einem Maße von russischen Staatsfirmen in der Energieversorgung (insbesondere beim Erdgas) abhängig mache, dass es gänzlich erpressbar werde. Angesichts der Ereignisse der vergangenen zwei Jahre ist deutlich geworden, dass diese Sorge berechtigt war. Dabei wurde dieses Projekt von der Bundeskanzlerin, dem Wirtschaftsminister, dem Außenminister und weiteren Regierungsvertre-

49 Güßgen, Florian: Warum gehört Deutschlands größter Gasspeicher Gazprom?, Wirtschaftswoche, 28. Januar 2022.

50 Umbach 2022, S. 384.

tern mal als Ausdruck europäischer Souveränität oder aber als politisch unbedeutendes, rein kommerzielles Projekt bezeichnet, was es zweifellos zu keinem Zeitpunkt war.

7. *Wie stark hat Deutschland der Ukraine geschadet?*

Fasst man die bisherigen Überlegungen zusammen, so gelangt man zu *sieben kardinalen Grundfehlern* deutscher Ostpolitik seit 1998:

1. Die parteienübergreifende Verklärung der Brandt'schen Ostpolitik als angebliche Ursache der Beendigung des Ost-West-Konflikts und als bevorzugtes Instrument zum Umgang mit Russland, ohne dass die *dunkle Seite* der Ostpolitik (die Anerkennung russischer Herrschaft über andere Länder als Ausgangsbasis für diplomatische Beziehungen zu Moskau) auch nur ansatzweise thematisiert oder problematisiert worden ist.
2. Die Verklärung von Abrüstung, Rüstungskontrolle, Multilateralismus und „Dialog“ als Allheilmittel zur Lösung politischer Probleme. Dahinter steht eine erweckungsartige pazifistische Weltsicht, nach der Konflikte und Kriege allein aus Missverständnissen heraus entstehen und es gelte, Vertrauen zu Nachbarstaaten aufzubauen und dabei vor allem auf Rüstungskontrolle und Diplomatie zu setzen, während Abschreckung abzulehnen sei.⁵¹
3. Das Ignorieren der autoritären Regression Russlands und der schleichenden Machtübernahme durch eine kleptokratische und kriminelle Machtvertikale, die großrussisch-imperialistische Ziele verfolgte und den strategischen Konflikt mit dem Westen suchte und daher eben nicht an Partnerschaft interessiert war. Diese Politik war seit 2012, spätestens seit 2014 nicht mehr zu übersehen und wurde dennoch von der Bundesregierung nicht wahrgenommen. Eine derartige strategische Verblendung findet man in der neueren deutschen Geschichte (seit 1949) nicht. Sucht man nach historischen Parallelen, so fallen die Jahre

51 Adomeit, Hannes/Krause, Joachim: Der neue (Kalte?) Krieg. Das russische Ultimatum vom Dezember 2021 und die Folgen für die westliche Allianz. In: Sirius – Zeitschrift für Strategische Analysen 6, H. 2, 2022, S. 140.

zwischen 1890 und 1914 ins Auge, in denen eine ähnliche strategische Blindheit vorherrschte.⁵²

4. Das weitgehende Ignorieren des Wiederaufkommens einer militärischen Bedrohung Europas durch Russland, sowohl im Bereich konventioneller Waffen als auch im nuklearen Sektor.
5. Die Vernachlässigung und Herabsetzung der berechtigten Anliegen der Osteuropäer, insbesondere ihrer Bedrohungsängste bezüglich Russland.
6. Die Vertiefung der Energiepartnerschaft mit Russland, welche dazu führte, dass die deutsche Versorgung mit Erdgas zunehmend in der Hand russischer Firmen lag und zu einer Verwundbarkeit führte, die die Deutschen und ihre europäischen Nachbarstaaten nunmehr teuer zu stehen kommt.
7. Die Weigerung Deutschlands, der Ukraine Waffen zu liefern, mit denen sie sich nach 2014 bereits gegen weitere Aggressionen Russlands hätte schützen können. Stattdessen verfolgte die Bundesregierung eine Dialog-Diplomatie, die effektiv der politischen Absicherung der territorialen Gewinne Moskau in den Kämpfen von 2014 diene und als *appeasement*-Politik qualifiziert werden muss.

In welcher Weise haben diese Fehler der Ukraine geschadet? Diese Frage ist nicht so einfach zu beantworten. Aber einige Aussagen lassen sich durchaus formulieren. Sie betreffen das Risikokalkül Moskaus, denn am Beginn eines jeden Kriegs steht eine Überlegung des Angreifers darüber, welche Risiken man eingehen kann und welche nicht. Sicher ist, dass die deutsche Ostpolitik und insbesondere die Fixierung auf die Partnerschaft mit Russland in Moskau das Risikokalkül bezüglich eines umfassenden Kriegs gegen die Ukraine beeinflusst hat. Die vollständige Zerschlagung der ukrainischen Staatlichkeit und einer eigenständigen Nation war schon seit vielen Jahren beschlossene Sache in Moskau. Aus Moskauer Sicht dürfte die deutsche Politik (sowohl Ostpolitik wie die Bündnis- und Verteidigungspolitik) das Risikokalkül in zwei Punkten mitbestimmt haben:

- Aus militärischer Sicht mussten die für einen umfassenden Angriff erforderlichen Bedingungen, in den Augen Putins, dann gegeben sein, als die Modernisierung der Streitkräfte Russlands so weit fortgeschritten war, dass ein rascher Sieg über die Ukraine in den Bereich des Mög-

52 Vgl. Krause, Joachim: Strategische Irrtümer deutscher Außenpolitik im Rückblick – die Jahre von 1890 bis 1914. In: Sirius – Zeitschrift für Strategische Analysen 6, H. 4, 2022, S. 394–414.

lichen rückte und solange sichergestellt war, dass die Streitkräfte des größten zentraleuropäischen Staates, der Bundesrepublik Deutschland, unfähig sind, gegebenenfalls militärisch zusammen mit anderen Nationen zugunsten der Ukraine einzugreifen. Von der Bundesregierung wurde wohl angenommen, dass sie um eines schnellen Friedens willen jede Art von Waffenstillstand in der Ukraine zu akzeptieren bereit sei und sich allen Bemühungen in der westlichen Welt um eine militärische Antwort entgegenstellen würde. Die Bundeswehr ist tatsächlich seit vielen Jahren zu komplexen Verteidigungsoperationen nicht mehr in der Lage. Sie steht derzeit „blank“ da, wie es der Inspekteur des Heeres Anfang 2022 ausdrückte.⁵³ Mit ihrer faktischen Selbstentwaffnung und der völlig illusorischen Friedenspolitik haben die Bundesregierungen der vergangenen 23 Jahre indirekt dazu beigetragen, dass Putin den Westen heute so kaltblütig berechnend hat herausfordern und die Ukraine als Vergeltung für die Ablehnung des an die NATO gerichteten Ultimatums vom Dezember 2021 hat angreifen können. Bei einer kampfbereiten, zur Übernahme von Bündnisverteidigung fähigen Bundeswehr hätte Putin wahrscheinlich das Ultimatum vom Dezember nicht gestellt und mutmaßlich die Ukraine auch nicht angegriffen.⁵⁴

- Infolge der hohen Abhängigkeit Deutschlands von Russland bei der Gasversorgung war es bei der Kriegsplanung wohl Teil des russischen Kalküls, davon auszugehen, dass sich Deutschland nicht nur an militärischen Operationen (einschließlich Waffenlieferung) nicht beteiligen wird, sondern dass es auch die erwarteten wirtschaftlichen Sanktionen nicht mitträgt oder nur mit großer Verzögerung.

Das russische Risikokalkül – wenn es so war, wie hier dargestellt – hat sich jedoch als falsch herausgestellt. Die Ukraine hat sich nicht unterwerfen lassen, der Westen hilft der Ukraine mit Waffen (selbst die Bundesrepublik), Deutschland trägt die schwerwiegenden Sanktionen mit und stellt derzeit seine Gasimportstruktur hastig und in Gänze um. Dennoch ist der Krieg von Russland begonnen worden und die Bundesregierungen, insbesondere die letzten beiden Koalitionen unter Kanzlerin Merkel müssen sich den Vorwurf gefallen lassen, dass sie trotz vielfacher Warnungen und Hinweisen es haben geschehen lassen, dass eine Situation entstehen konnte, in der Russland glaubte die Ukraine angreifen zu können – wohl in der Hoff-

53 So der Inspekteur des Heeres, Generalleutnant Alfons Mais, am 23. Februar 2022, hier zitiert bei Christoph Rieke: „Bundeswehr steht mehr oder weniger blank da“, Tagesspiegel, 24. Februar 2022.

54 Adomeit/Krause, *Der neue (Kalte?) Krieg*, 2022, S. 141.

nung, dass die Übernahme schnell geschehen würde und in dem Glauben, dass anschließend eine Invasion in den baltischen Staaten möglich wäre.⁵⁵ Für den überaus mutigen Verteidigungswillen der Ukrainerinnen und Ukrainer muss man in Europa sehr dankbar sein. Wäre der russische Angriff zuerst im Baltikum begonnen worden, wäre die NATO-Verteidigung vermutlich eingebrochen und die NATO wäre mit zwei unangenehmen Alternativen konfrontiert gewesen: entweder die russische Eroberung zu akzeptieren, oder eine Rückeroberung einzuleiten, auf die Russland mit dem Einsatz nicht-strategischer Kernwaffen antworten könnte.⁵⁶ Nach den umfangreichen Verlusten Russlands in der Ukraine ist diese Option erst einmal vom Tisch. Aber die aggressive, revisionistische Politik des Kremls wird sich in den kommenden Jahren weiter fortsetzen.

Die letzten 23 Jahre der Ostpolitik stellen das dunkelste und katastrophalste Kapitel der ansonsten durchaus lobenswerten Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland dar. Es ist, wie Nikolas Busse von der FAZ geschrieben hat, der GAU der deutschen Außenpolitik eingetreten.⁵⁷ Diese Katastrophe zu überwinden haben sich die Regierung und die Oppositionspartei CDU/CSU vorgenommen. Ob dies gelingt, ist noch nicht klar. Es bedarf dazu eigentlich einer Aufarbeitung der beschriebenen Fehler der jüngsten Vergangenheit, der sich Union und SPD und auch FDP und Grüne bislang entzogen haben. Äußerungen deutscher Politiker und Politikerinnen, wonach sie sich geirrt oder von Putin haben täuschen lassen, sind keine Vergangenheitsbewältigung, sondern schieben die Verantwortung lediglich weg. Die letzten 23 Jahre deutscher Ostpolitik haben zwei Fehler deutlich gemacht: Die Tendenz dazu, an utopischen theoretischen Konzepten festzuhalten, auch wenn die Realität deutlich dagegen spricht, und die Neigung, trotz der Betonung europäischer und transatlantischer Solidarität letztlich doch sehr eng definierte nationale Interessen zu verfolgen.⁵⁸

Was die deutsche Neigung zu Utopien betrifft, so sei am Ende ein Zitat des deutschen Philosophen Peter Slotterdijk angefügt, der sagte: „Utopien

55 Diese Schlussfolgerungen muss man aus dem Ultimatum Russlands an die NATO und die USA vom Dezember 2021 ziehen. Vgl. ebd. S. 130f.

56 Kroenig, Matthew: Russlands Nuklearstrategie gegenüber Europa – wie organisiert man Abschreckung gegen Deeskalation mit nuklearen Schlägen?. In: Sirius – Zeitschrift für Strategische Analysen 2, H. 4, 2018, S. 323–338.

57 Busse, Nikolas: „Nötig ist eine Zeitenwende im Kopf“, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 30. März 2022.

58 Dieter, Heribert: Ein schwieriger Partner. Deutschlands eigennützige Außenpolitik. In: Sirius – Zeitschrift für Strategische Analysen 4, H. 3, 2020, S. 245–257.

sind nicht dazu da, verwirklicht zu werden. Sie liefern Bilder, die den Menschen ihre gesunde Unzufriedenheit erhalten. Hände weg von der Verwirklichung, zumal was deutsche Ideen angeht. Deutschland ist, als Heimat von Karl Marx, die größte Exportnation für Irrtümer, die die Welt bewegen. [...] Ideen, die aus Deutschland kommen, haben eine gefährliche Neigung zur Verwirklichung.“⁵⁹

Literaturverzeichnis

- Adomeit, Hannes: Innenpolitische Determinanten der Putinschen Außenpolitik. In: *Sirius – Zeitschrift für strategische Analysen* 1, H. 1, 2017, S. 33–52.
- Adomeit, Hannes: Bilanz der deutschen Russlandpolitik seit 1990. In: *Sirius – Zeitschrift für Strategische Analysen* 4, H. 3, 2020, S. 276–292.
- Adomeit, Hannes: Russland und der Westen. Von „strategischer Partnerschaft“ zur strategischen Gegnerschaft. In: *Sirius – Zeitschrift für strategische Analysen* 5, H. 2, 2021, S. 107–124.
- Adomeit, Hannes/Krause, Joachim: Der neue (Kalte?) Krieg. Das russische Ultimatum vom Dezember 2021 und die Folgen für die westliche Allianz. In: *Sirius – Zeitschrift für Strategische Analysen* 6, H. 2, 2022, S. 129–149.
- Auswärtiges Amt: Außenminister Maas zur Ankündigung der USA, sich aus dem INF-Vertrag zurück zu ziehen, 21. Oktober 2018, <https://www.auswaertiges-amt.de/de/newsroom/maas-inf-vertrag/2151668>, 28.11.2022.
- Blank, Stephen: What do the Zapad 2013 Exercises Reveal? In: Liudas Zdanavičius/Matthew Czekaj (Hrsg.): *Russia's Zapad 2013 Military Exercise. Lessons for Baltic Regional Security*, Jamestown Foundation/National Defence Academy of Latvia: Washington D.C./Riga 2015, S. 8–13.
- Brauß, Heinrich/Krause, Joachim: Was will Russland mit den vielen Mittelstreckenwaffen? In: *Sirius – Zeitschrift für Strategische Analysen* 3, H. 2, 2019, S. 154–166.
- Busse, Nikolas: „Nötig ist eine Zeitenwende im Kopf“, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 30. März 2022.
- Busse, Nikolas: „Die NATO und die Ukraine – Merkels strategischer Fehler“, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 4. April 2022.
- Connolly, Richard/Boulègue, Mathieu: *Russia's New State Armament Programme. Implications for the Russian Armed Forces and Military Capabilities to 2027*. Royal Institute for International Affairs: London 2018.
- Dembinski, Matthias/Spanger, Hans-Joachim: Pluraler Frieden. Leitideen für eine neue Russlandpolitik. In: *Osteuropa* 67, H. 3/4, 2017, S. 87–96.

59 Neue Züricher Zeitung: „Peter Sloterdijk: ‚Deutschland ist die grösste Exportnation für Irrtümer‘“, 24. November 2022.

- Deutschlandkurier: „Skandal-Botschafter: Altparteien und Medien tanzen nach der Melnyk-Flöte“, 7. April 2022, <https://deutschlandkurier.de/2022/04/skandal-botschafter-altparteien-und-medien-tanzen-nach-der-melnyk-floeete/>, 28.11.2022.
- Dick, Charles: *Russian Ground Forces Posture Towards the West*. Royal Institute of International Affairs: London 2019.
- Dieter, Heribert: Ein schwieriger Partner. Deutschlands eigennützige Außenpolitik. In: *Sirius – Zeitschrift für Strategische Analysen* 4, H. 3, 2020, S. 245–257.
- Die Welt: „Schröder verteidigt ‚lupenreinen Demokraten‘ Putin“, 7. März 2012, <https://www.welt.de/politik/deutschland/article13907973/Schroeder-verteidigt-lupenreinen-Demokraten-Putin.html>, 28.11.2022.
- Diner, Dan: *Feindbild Amerika. Über die Beständigkeit eines Ressentiments*. Propyläen: Berlin 2002.
- Eitel, Peter 2021: *The Russian Annexation of Crimea 2014: Which Role for Surprise, especially for Germany?* Dissertation der Christian-Albrechts Universität zu Kiel: Kiel 2021.
- Essen, Hugo von/Umland, Andreas: Russlands diktiert Nicht-Frieden im Donbas 2014–2022. Warum die Minsker Abkommen von Anbeginn an zum Scheitern verurteilt waren. In: *Sirius – Zeitschrift für strategische Analysen* 6, H. 3, 2022, S. 282–292.
- Forsberg, Tuomas: From ‚Ostpolitik‘ to ‚frostpolitik‘? Merkel, Putin and German foreign policy towards Russia. In: *International Affairs* 92, H. 19, 2016, S. 21–42.
- Forss, Stefan/Kiianlinna, Lauri/Inkinen, Pertti/Hult, Heikki: *The Development of Russian Military Policy and Finland*. National Defence University, Research Reports No. 49: Tampere 2013.
- Frankfurter Allgemeine Zeitung: „Ministerin in Erklärungsnot“, 19. September 2002, <https://www.faz.net/aktuell/politik/hitler-bush-vergleich-ministerin-in-erkl-aerungsnot-171357.html>, 28.11.2022.
- Frankfurter Allgemeine Zeitung: „Konflikt mit Russland: Steinmeier kritisiert Nato-Manöver in Osteuropa“, 18. Juni 2016, <https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/konflikt-mit-russland-steinmeier-kritisiert-nato-manoeuver-in-osteuropa-14294513.html>, 28.11.2022.
- Frasch, Timo/Schuller, Konrad: „Markus Söder im Interview: ‚Russland ist kein Feind Europas‘“, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 22. Januar 2022, <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/markus-soeder-im-interview-russland-ist-kein-feind-europas-17744426.html>, 28.11.2022.
- Güßgen, Florian: „Warum gehört Deutschlands größter Gasspeicher Gazprom?“, *Wirtschaftswoche*, 28. Januar 2022, <https://www.wiwo.de/unternehmen/energie/gef-aehrliche-abhaengigkeit-warum-gehoert-deutschlands-groesster-gasspeicher-gazprom/28014654.html>, 18.11.2022.
- Hackett, James: Die Modernisierung der russischen Streitkräfte. In: *Sirius – Zeitschrift für Strategische Analysen* 5, H. 2, 2021, S. 125–139.
- Halper, Stefan/Clarke, Jonathan: *America Alone. The Neo-Conservatives and the Global Order*. Cambridge University Press: Cambridge 2004.

- Heinemann-Grüder, Andreas: Wider den Sonderfrieden. Eine Replik auf das Konzept vom „Pluralen Frieden“. In: Osteuropa 67, H. 3/4, 2017, S. 103–108.
- Heinemann-Grüder, Andreas: Russland-Politik in der Ära Merkel. In: Sirius – Zeitschrift für Strategische Analysen 6, H. 4, 2022, S. 359–372.
- Hofmann, Gunter: Polen und Deutsche auf dem Weg zur europäischen Revolution. Suhrkamp: Berlin 2011.
- Järvenpää, Pauli: ZAPAD 2013 – A View from Helsinki. In: Liudas Zdanavičius/Matthew Czekaj (Hrsg.): Russia's Zapad 2013 Military Exercise. Lessons for Baltic Regional Security, The Jamestown Foundation/National Defence Academy of Latvia: Washington D.C./Riga, 2015, S. 43–57.
- Johnson, Dave: General Gerasimov über die Entwicklungslinien der russischen Militärstrategie – Eine Analyse. In: Sirius – Zeitschrift für Strategische Analysen 3, H. 3, 2019, S. 255–261.
- Krause, Joachim: Die deutsche Politik in der Kosovo-Krise. In: Krause, Joachim (Hrsg.): Kosovo. Humanitäre Intervention und kooperative Sicherheit in Europa. Leske und Budrich: Opladen 2000, S. 103–119.
- Krause, Joachim: Deutsche Rüstungskontrollpolitik im strategischen Niemandsland. In: Sirius – Zeitschrift für Strategische Analysen 5, H. 2, 2021 S. 157–164.
- Krause, Joachim: Strategische Irrtümer deutscher Außenpolitik im Rückblick – die Jahre von 1890 bis 1914. In: Sirius – Zeitschrift für Strategische Analysen 6, H. 4, 2022, S. 394–414.
- Kroenig, Matthew: Russlands Nuklearstrategie gegenüber Europa – wie organisiert man Abschreckung gegen Deeskalation mit nuklearen Schlägen? In: Sirius – Zeitschrift für Strategische Analysen 2, H. 4, 2018, S. 323–338.
- Krzemiński, Adam: Im Osten viel Neues. Deutsche Ostpolitik aus polnischer Perspektive. In: Zeitschrift für Außen und Sicherheitspolitik 8, H. 1, 2015, S. 403–425.
- Lautsch, Siegfried: Schauplatz Deutschland. Erfahrungen und Erkenntnisse eines NVA-Offiziers. Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften: Potsdam 2013.
- Lavrov, Anton: Russian Military Reforms from Georgia to Syria. Center for Strategic and International Studies (CSIS): Washington D.C. 2018.
- Ludwig, Michael: „Putin, Schröder und Chirac – Zusammenkunft mit Tradition“, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 3. Juli 2005.
- Meister, Stefan: Wasser auf Putins Mühlen. „Pluraler Frieden“ als russlandfixierte Ostpolitik. In: Osteuropa 67, H. 3/4, 2017, S. 129–133.
- Meyer zum Felde, Rainer: Abschreckung und Dialogbereitschaft – der Paradigmenwechsel der NATO seit 2014. In: Sirius – Zeitschrift für Strategische Analysen 2, H. 2, 2018, S. 101–117.
- Meyer zum Felde, Rainer: Deutsche Verteidigungspolitik – Versäumnisse und nicht eingehaltene Versprechen. In: Sirius – Zeitschrift für Strategische Analysen 4, H. 3, 2020, S. 315–332.
- Monaghan, Andrew: Russian State Mobilization: Moving the Country on to a War Footing. Royal Institute of International Affairs: London 2016.

- Muzyka, Konrad: Russian Forces in the Western Military District. Center for Naval Analysis (CAN): Washington D.C. 2020.
- Mützenich, Rolf: „Für Ignoranz und Ausgrenzung ist Russland zu groß und zu mächtig“, Vorwärts, 20. Dezember 2016, <https://www.vorwaerts.de/artikel/muetzenich-ignoranz-ausgrenzung-russland-gross-maechtig>, 28.11.2022.
- Mützenich, Rolf: Echte Entspannungspolitik ist kein Appeasement, 19. Januar 2015, <https://www.rolfmuetzenich.de/publikation/echte-entspannungspolitik-ke-in-appeasement>, 28.11.2022.
- Mützenich, Rolf: „Entspannungspolitik auf der Höhe der Zeit“, IPG, 17. Januar 2022, <https://www.ipg-journal.de/interviews/artikel/entspannungspolitik-auf-der-hoehe-der-zeit-5653/>, 29.11.2022.
- Neue Züricher Zeitung: „Peter Sloterdijk: ‚Deutschland ist die grösste Exportnation für Irrtümer‘“, 24. November 2022, <https://www.nzz.ch/feuilleton/peter-sloterdijk-ueber-zeitenwende-und-weltkerklaerungen-ld.1713217?reduced=true>, 29.11.2022.
- Osborn, Andrew: „Putin – Collapse of the Soviet Union was ‘catastrophe of the century’“, The Independent, 26. April 2005, <https://www.independent.co.uk/news/world/europe/putin-collapse-of-the-soviet-union-was-catastrophe-of-the-century-521064.html>, 28.11.2022.
- Pflüger, Friedberg: „Offener Brief an den ukrainischen Botschafter Andrij Melnyk“, Cicero, 27. Januar 2022, <https://www.cicero.de/aussenpolitik/offener-brief-ukraine-botschafter-andrij-melnyk-russland-sanktionen-krieg>, 28.11.2022.
- RadioFreeEurope/RadioLiberty: „Macron Says Russia, China Not NATO Allies’ Common Enemies – Terrorism Is“, 28. November 2019, <https://www.rferl.org/a/macron-says-russia-china-not-nato-allies-common-enemies--terrorism-is/30297520.html>, 28.11.2022.
- Shawcross, William: Allies. The United States, Britain, Europe and the War in Iraq. Atlantic Books: London 2003.
- Siddi, Marco: German Foreign Policy towards Russia in the Aftermath of the Ukraine Crisis: A New Ostpolitik? In: Europe-Asia Studies 68, H. 4, 2016, S. 665–677.
- Siddi, Marco: A Contested Hegemon? Germany’s Leadership in EU Relations with Russia. In: German Politics 29, H. 1, 2020, S. 97–114.
- Sinyakov, Denis: „Putin – Soviet collapse a ‘genuine tragedy’“, NBC News, 25. April 2005, <https://www.nbcnews.com/id/wbna7632057>.
- SPIEGEL: „Kritik an Westerwelle: ‚Borniertester Außenminister seit von Ribbentrop‘“, 22. April 2011, <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/kritik-an-westerwelle-borniertester-aussenminister-seit-von-ribbentrop-a-758504.html>, 28.11.2022.
- Statista Research Department: Parteipräferenz von Politikjournalisten in Deutschland, 19. August 2010, <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/163740/umfrage/parteipraeferenz-von-politikjournalisten-in-deutschland/#statisticContainer>, 28.11.2022.

- Sushko, Oleksandr/Umland, Andreas/Weichsel, Volker: Unrealistisches Szenario. Anmerkungen zum „Pluralen Frieden“. In: Osteuropa 67, H. 3/4, 2017, S. 109–120.
- Tagesspiegel: „Sächsischer CDU-Mann forderte Ausweisung. Vorsitzender Merz will sich nicht zu Affront gegen Melnyk äußern“, 30. August 2022, <https://www.tagesspiegel.de/politik/vorsitzender-merz-will-sich-nicht-zu-affront-gegen-melnyk-aussern-8594911.html>, 28.11.2022.
- Umbach, Frank: Strategische Irrtümer, Fehler und Fehlannahmen der deutschen Energiepolitik seit 2002. In: Sirius – Zeitschrift für Strategische Analysen 6, H. 4, 2022, S. 373–393.
- Umland, Andreas: Die friedenspolitische Ambivalenz deutscher Pipelinedeals mit Moskau – eine interdependenztheoretische Erklärung des russisch-ukrainischen Konfliktes. In: Sirius – Zeitschrift für Strategische Analysen 4, H. 3, 2020, S. 293–303.
- Urban Thomas: Verstellter Blick. Die deutsche Ostpolitik. edition fotoTapeta: Berlin 2022.
- Wehner, Markus: „Rechtfertigt Steinmeiers Russland-Politik die Ausladung?“, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 13. April 2022.
- Westerlund, Fredrik: The role of the military in Putin’s foreign policy. An overview of current research. Swedish Defence Research Agency (FOI): Stockholm 2021.
- Zdanavičius, Liudas/Czekaj, Matthew (Hrsg.): Russia’s Zapad 2013 Military Exercise. Lessons for Baltic Regional Security. Jamestown Foundation/National Defence Academy of Latvia: Washington D.C./Riga 2015.